

ROSEN AUF DEN WEG GESTREUT

NR 6
2. Jahrgang

Themen

Jugend ohne Grenzen

Nazistrukturen im Berliner Umland

Mellowpark und vieles mehr

Intro & Inhalt

Kurz bevor ihr - geneigte Leser_innen - in die Sommerpause entlassen werdet, gibts nochmal eine Ausgabe einer „*Rosen auf den Weg gestreut*“. Die Aufregung war nach der letzten Ausgabe groß. In BFC-Fankreisen wurde intensiv über den letzten Schwerpunkt des Heftes diskutiert. Es gab teilweise Lob aber auch Kritik.

Und uns ist tatsächlich ein Fehler unterlaufen (siehe Richtigstellung unten). Dass die inhaltliche Einschätzung und die restliche Recherche nicht bemängelt wurde, zeigt dass ins Schwarze getroffen wurde.

Der Schwerpunkt ist dieses Mal „*Antirassismus*“. Dazu gibts ein Interview mit aktiven migran-

tischen Jugendlichen und zwei interessante Texte. Hier sei auch auf die De*fence-Demo am 5.Juli hingewiesen. Der geheime zweite Schwerpunkt ist dieses Mal „*Brandenburg*“. Zumindest über das Umland von Berlin wird im Heft ausgiebig berichtet.

Viel Spaß beim Lesen.

03 - Chronik

04 - Neonazis im Berliner Speckgürtel // EAG

07 - Das Berliner Flüchtlingsheim Motardstraße // AIM

08 - Neues von Pankower Neonazis // EAG

10 - Hände weg vom Mellowpark // ASV

12 - Neonazistische Aktivitäten in Bernau und Biesenthal

15 - Keine Stimme den Nazis // Interventionen

16 - Happy Birthday Israel // AK Antifa der Jusos Berlin

18 - Interview mit „Jugendliche ohne Grenzen“ // APB

21 - Massenflucht und unsere Verantwortung // JOG

24 - Mit der Reichsbahn kam der Tod // APB

26 - Buchvorstellung „Unsere Opfer zählen nicht“ // EAG

28 - Für eine befreite Gesellschaft // Antifa Bernau

30 - Termine & Links

32 - Bertolt Brecht - Resolution der Kommunarden

Der Artikel „*Die Hooligans des Berliner Fußballklubs (BFC) Dynamo*“ der EAG wurde in der letzten „*Rosen auf den Weg gestreut*“ (Nr.5) auf Seite 16 mit Bildern aus dem BFC Fanblock illustriert. Dabei wurde zwischen mehreren Bildern aktiver und or-

ganisierter Neonazis ein Pankower BFC-Fan mit der Bildunterschrift „*Pankower Neonazi*“ abgebildet. Dabei ist uns ein Fehler unterlaufen. Die dargestellte Person ist unseres Wissen nie öffentlich neonazistisch in Erscheinung getreten.

Wir entschuldigen uns dafür an dieser Stelle und bedauern, falls ihm durch diese Verwechslung Probleme entstanden sind. Wir haben das Foto aus der Internet-Ausgabe entfernt. EAG

Impressum:

Die Texte dieses Heftes geben nur die Meinung der jeweiligen Autor_innen wieder. Die Verteiler_innen des Hefts sind nicht mit den Macher_innen identisch.

Wir verwenden die geschlechtsneutrale Form „_in-
nen“, um neben dem männlichen und weiblichen

Geschlecht auch Transgendern und anderen Rechnung zu tragen. (Bei Fragen und Anregungen schreibt einfach den beteiligten Gruppen eine Mail)

V.i.S.d.P.: Greta Schloch, Berliner Straße 8a, 13187 Berlin

Chronik

rechter Aktivitäten im Großbezirk Pankow
in den Monaten März bis Juni 2008



22.03.2008

Die NPD führt einen Stand in der Tiniusstraße durch.

25.03.2008

Eine Drohmail gegen mehrere vermeintlich linke Jugendliche geht bei einer Pankower Antifa-Gruppe ein.

28.03.2008

Am Abend treffen sich ca. 30-40 Neonazis am S Bhf. Pankow. Zum gleichen Zeitpunkt findet im Jugendklub „Garage“ ein Konzert statt. Einem Konzertbesucher wird ein Hitlergruß gezeigt.

12.04.2008

Um 4:30 pöbelt und spuckt ein rechtes Pärchen in der Bahn nach Bernau eine schwarze Frau an. Ein engagierter Bürger schreit ein.

13.04.2008

Im und vor dem „Musikcafé“ sind in den Nachtstunden wieder etliche Neonazis. Unter anderem ist Diego Pfeiffer (NPD) unter den Gästen.

14.04.2008

Ein alternativer Jugendlicher wird um 14:30 in der Michelangelostraße von drei Personen vom Fahrrad gestoßen und geschlagen.

19.04.2008

Wieder ist das „Musikcafé“ Treffpunkt für eine Vielzahl von Neonazis. Im Umfeld der Kneipe werden massiv Neonazi-Aufkleber geklebt.

20.04.2008

Ein Pankower Juso erhält im Internet anonyme Drohungen.

22.04.2008

Mit Neonaziparolen beschimpfen drei Männer die Spaziergänger im Mauerpark im Prenzlauer Berg.

24.04.2008

Fünf Neonazis ziehen um 1:30 von der Wollankstraße aus durch die Florastraße und entfernen linke Plakate und Aufkleber. Sie beschimpfen einen alternativen Jugendlichen als „Juden“.

25.04.2008

Mehrere Neonazis spähen das JUP Pankow aus. Anschließend pöbeln sie am Rathauscenter an einem Stand von Linkspartei, Grünen und SPD.

29.04.2008

Ein Passant entdeckt morgens, dass auf dem jüdischen Friedhof in Weißensee 30 Grabsteine umgestoßen wurden.

30.04.2008

Erneut wird der jüdische Friedhof in Weißensee geschändet. In der Nacht werden 33 Grabsteine und 19 Grabsäulen umgestoßen.

05.05.2008

Neonazis sammeln unter dem Motto „Nationaler Frühjahrsputz“ Müll im Pankower Bürgerpark und Schlosspark.

18.05.2008

In Buch und Niederschönhausen werden unzählige Neonazi-Aufkleber und Spuckis verklebt.

19.05.2008

Neben dem „Musikcafé“ wurden Hakenkreuze und der Spruch „Juden raus“ entdeckt.

27.05.2008

Rund um den Humannplatz im Prenzlauer Berg werden Neonazi-Plakate entdeckt.

29.05.2008

Zwischen U-Bhf. Vinetastr. und Prenzlauer Promenade werden unzählige Nazi-Aufkleber gesichtet.

02.06.2008

In Weißensee wird nachmittags ein serbischer Familienvater rassistisch beleidigt und angegriffen.

Diese Zusammenstellung basiert auf den Chroniken der Emanzipativen & Antifaschistischen Gruppe, der Antifa Prenzlauer Berg und der Antifa Klein-Pankow. Sie er-

hebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sammlungen dieser Art sind vor allem davon abhängig, dass Betroffene von Naziaktionen diese öffentlich machen. Wenn du

Opfer oder Zeug_in einer Naziaktion, eines Übergriffs oder von Propaganda-Aktionen wirst, melde diese bitte unter folgender E-Mail-Adresse: eag-berlin@riseup.net

Nazis im Berliner Speckgürtel

Ein Blick auf die Neonaziszene in Hohen Neuendorf und Birkenwerder bei Berlin. Erster Artikel unserer Serie über das Umland von Berlin.

von Emanzipative & Antifaschistische Gruppe [EAG]

Auch wenn Berlin für Neonazis und ihre Versuche der politischen Organisation eine besondere Anziehungskraft hat, ist das Leben in der Stadt für sie auch mit Gefahren verbunden. Die mehr als ein dutzend aktiven Antifagruppen und unorganisierte Antifaschist_innen rücken bekannten Neonaziaktivisten, ihren Organisationen und Treffpunkten regelmäßig auf die Pelle. Die bekanntgewordenen Outingaktionen gegen Kader, Glasbrüche bei Thor Steinar-Geschäften und handfeste Auseinandersetzungen am Rande von Naziaufmärschen sind nur die Spitze des Eisbergs. Selbst in „Homezones“ wie dem Weitingkiez oder der Dietzgenstraße können Neonazis nur begrenzt ungestört leben. Gerade ältere Aktivisten ziehen sich aus diesem Grund lieber ins Berliner Umland zurück, in der Hoffnung dort unbehelligt leben zu können. Das Umland ist so zu einem beliebten Wohnort für etliche Kader Berliner Neonazi-Struk-

turen geworden. Sie verzichten meist in ihrem Wohnumfeld auf politische Aktivitäten, versuchen ihre Anonymität zu wahren und sich unauffällig in ihrer Umgebung einzuleben. Ihre politischen Aktionen finden nach wie vor in Berlin statt.

Eine andere davon weitgehend losgelöste Entwicklung zeigt sich in der Konsolidierung der lokalen NPD-Verbände und im Versuch auch im Berliner Umland vermehrt in die Öffentlichkeit zu treten. Das geschieht mit Blick auf die Brandenburg-Wahl im nächsten Jahr. Die NPD versucht sich als stärkster Akteur im nationalen Spektrum darzustellen und entwickelt aus diesem Grund Aktivitäten auch in Städten, die in der Vergangenheit von Naziaktionen weitgehend verschont blieben.

Hohen Neuendorf

An den Berliner Bezirk Reinickendorf angrenzend liegt die Kleinstadt Hohen Neuendorf nördlich von Berlin. Mit seinen 23.000 Einwohnern ist die Stadt geprägt durch den Pendelverkehr mit Berlin. Das Stadtbild wird dominiert von Einfamilienhäusern und die Fernverkehrsstraße, die sich mitendurch schlängelt. Den Bürgermeister stellt „die Linke“, deren Bundesvorsitzender Lothar Bisky gleichzeitig der bekannteste Bewohner der Stadt ist.

Für Schlagzeilen sorgte Hohen Neuendorf im Frühjahr 2007, als bekannt wurde, dass Stella Pa-

Beide sind im Führungskreis der Bundes-NPD aktiv, Stella Hähnel als Pressesprecherin der NPD-Organisation „*Ring nationaler Frauen*“ und Mitglied im Bundesvorstand der NPD.

Jörg Hähnel ist bekannt als „*nationaler Barde*“, Vorsitzender der Berliner NPD, Verordneter in Lichtenberg und ebenfalls Mitglied des NPD-Bundesvorstandes. Das Bekanntwerden dieser Fakten sorgte dafür, dass Stella Palau, die bis dahin nicht durch neonazistische Äußerungen aufgefallen war, ihre Mitarbeit im Familienzentrum beenden musste. Die Presseöffentlichkeit sorgte zeit-

Zeichens Neonazi-Szene-Anwalt, wohnt in einem gepflegten zweistöckigen Einfamilienhaus, eingebettet in eine Siedlung in Hohen Neuendorf. Vor drei Jahren ließ er sich bei der Bundestagswahl in Tempelhof als Kandidat für die NPD aufstellen.

Bis 2006 war Miosga Vorsitzender des Hoffmann-von-Fallerleben-Bildungswerks, einer neonazistischen Vereinigung, die die Vernetzung verschiedener Strömungen im rechten Lager zur Aufgabe hatte.

Dem Wunsch entgegen, möglichst unauffällig und unbehelligt in Hohen Neuendorf zu leben, stehen die Aktionen mehrerer jüngerer Neonazis, die ebenfalls hier wohnen. In regelmäßigen Abständen werden am Bahnhof und in den umliegenden Straßen Aufkleber verschiedenster Neonazi-Organisationen verklebt. Die Neonazis haben vereinzelt Kontakte zur Berliner Kameradschaftsszene und sind aktiv, ohne jedoch eine kontinuierliche und öffentlichkeitswirksame Politik in Hohen Neuendorf etablieren zu können.

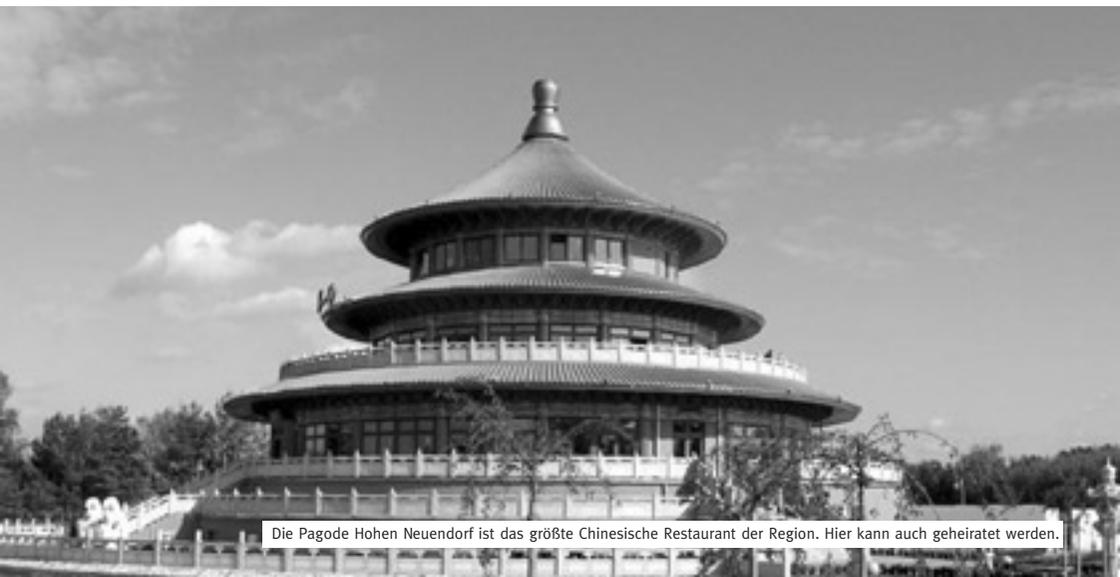
Die prominentesten Bewohner Hohen Neuendorfs sind Lothar Bisky und Jörg Hähnel

lau (inzwischen Stella Hähnel) versuchte, sich in einem Familienzentrum ehrenamtlich einzubringen.

Erst zu diesem Zeitpunkt wurde öffentlich bekannt, dass Stella Hähnel schon seit etwa einem Jahr mit ihrem Mann Jörg Hähnel und den Kindern ein Haus in der Oranienburger Straße bewohnte.

weise für eine Auseinandersetzung in der Stadt und zu einer Distanzierung von Neonazis. Die Hähnels konnten Hohen Neuendorf nicht mehr als ungestörten Rückzugsraum begreifen.

Davon nicht betroffen lebt in der direkten Nachbarschaft der Hähnels ein weiterer bekannter Neonazi. Richard Miosga, seines



Die Pagode Hohen Neuendorf ist das größte Chinesische Restaurant der Region. Hier kann auch geheiratet werden.

Birkenwerder

Gleich neben Hohen Neuendorf liegt die Kleinstadt Birkenwerder. Der Ort mit einer eigenen Autobahnausfahrt ist ähnlich aufgebaut, auch hier spielt sich das öffentliche Leben auf den jährlichen Feuerwehrfesten und im Sommer am Badesee ab.

Rechtsextreme, die in Birkenwerder leben, machen das vor allem ohne in die Öffentlichkeit zu treten. Neben dem Wohnort des bekannten Neonazi-Anwalts Wolfram Nahrath befand sich in der Kleinstadt früher auch das Postfach des Deutschen Rechtsbüros. Nahrath, er war der letzte Vorsit-

reichen, in denen Neonazis am häufigsten mit dem Gesetz in Konflikt geraten (Volksverhetzung, indizierte Tonträger, Demonstrationsrecht). Neben der Bereitstellung von Gerichtsurteilen, auf die sich Neonazis in Verfahren berufen können, hat des DRB ein Buch herausgegeben, das diese Ratschläge zusammenfasst. Unter dem Namen „*Mäxchen Treubertz - Rechtsratgeber*“ kann dieses Buch in einschlägigen Nazi-Versänden bestellt werden. Es wird über den NPD-eigenen „*Deutsche Stimme Verlag*“ vertrieben.

Auch in Birkenwerder bleibt die Reaktion auf rechte Vorfälle

Gansel anwesend, der eine Rede hielt. Im Februar 2008 folgte eine weitere Veranstaltung in Hohen Neuendorf. Die Lichtenberger NPD-Verordnete Manuela Tönhardt - Tischnachberin von Jörg Hähnel in der Verordnetenversammlung - referierte nach Angaben der NPD vor 60 Anwesenden über ihre politische Arbeit. Diese Veranstaltungen stehen im Zusammenhang mit dem NPD-Verband Oberhavel. Dieser hat zwar sein Postfach in Birkenwerder, ist aber schwerpunktmäßig eher in Oranienburg und Rathenow zu verorten. Gerade die Veranstaltung in Borgsdorf führte zu einem überregionalen Presseecho. In dieser Situation, die nach dem Skandal um Stella Hähnel der zweite war, der für eine breite Auseinandersetzung mit den lokalen Neonazis und ihrer Ideologie genutzt werden könnte, veröffentlichten die Bürgermeister_innen von Hohen Neuendorf und Birkenwerder einem „*Aufruf gegen Gewalt, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus*“. Dieser wird inzwischen von einem Großteil der lokalen Initiativen und Sportvereine unterstützt.

Klar ist, dass solche Aktionen nur Symbolcharakter haben und weder die Neonazis in ihrer Aktionsfähigkeit einschränken, noch sich ernsthaft etwas gegen die Ursachen des Erstarkens von neonazistischen Strukturen ausrichten lässt. Dafür bräuchte es organisierte linksradikale und antifaschistische Strukturen, die derzeit im lokalen Rahmen nicht existieren.

Auch in Birkenwerder spielt sich das öffentliche Leben auf den jährlichen Feuerwehrfesten und im Sommer am Badesee ab.

zende der verbotenen „*Wiking Jugend*“, vertritt seit Jahrzehnten Neonazis, die für Gewalttaten gegen Migrant_innen und Linke angeklagt waren. So war Nahrath u.a. einer der Verteidiger der Neonazis, die 1999 den Asylbewerber Farid Guendoul mit einer Hetzjagd in den Tod trieben. Im letzten Jahr vertrat er den Pankower Neonazi Diego Pfeiffer, der angeklagt war, im Juli 2007 in Pankow mit 14 weiteren Neonazis eine Gruppe alternativer Jugendlicher angegriffen und verletzt zu haben. Mit seinem Anwaltsbüro hat sich Nahrath in Berlin-Weissensee angesiedelt.

Das Deutsche Rechtsbüro (DRB) ist eine Organisation von Juristen aus dem Neonazi-Spektrum, die vor allem Beratung anbietet. Sie gibt Ratschläge zu Themenbe-

mangels kontinuierlicher Auseinandersetzung bei sicherlich gutgemeinter Symbolpolitik stehen. So errichteten vor gut acht Jahren Vertreter der Gemeindeverwaltung zusammen mit lokalen Jugendlichen eine überdimensionierte „*Kerze gegen Rassismus*“ vor dem Rathaus. Eine Versammlung der NPD im Rathaus vor zwei Jahren konnte allerdings ohne öffentliche Proteste über die Bühne gehen.

Der Drang in die Öffentlichkeit

Im Oktober 2006 hielt die Brandenburger NPD ihren Parteitag im Gasthof „*Weißer Hirsch*“ in Borgsdorf - einem Ortsteil von Hohen Neuendorf - ab. Neben dem Brandenburger NPD-Vorsitzenden Klaus Beier war auch der sächsische NPD-Abgeordnete Jürgen



Der erste Garten hinter der Autobahnfußgängerbrücke, gleich links Richtung Friedhof

Das Berliner Flüchtlingsheim Motardstraße

Das Berliner Flüchtlingsheim in der Motardstraße liegt am Rande von Berlin im Spandauer Industrieviertel. Das Heim wird von einem Zaun mit Stacheldrahtaufsatz umringt. Direkt daneben produziert ein Vattenfall-Kraftwerk Strom. Die Kläranlage und der Sondermüllplatz sind ebenfalls ganz in der Nähe des Heimes. Hier verirrt sich niemand hin – nur Autos rasen vorbei. Der nächste U- Bahnhof ist 15 Minuten Fußweg entfernt und die einzige infrastrukturelle Anbindung.

von Antifaschistische Initiative Moabit [AIM]

(Kontakt: www.aim-berlin.de.vu // a_i_m@gmx.de)

Das Flüchtlingsheim in der Motardstraße erfüllt zudem zwei Funktionen:

Auf der einen Seite werden hier Menschen eingewiesen, die gerade erst ihren Asylantrag gestellt haben. Laut Gesetz müssen sie es drei Monate in der Motardstraße aushalten, um anschließend in ein anderes Heim zu kommen oder abgeschoben zu werden. Somit erfüllt das Heim in der Motardstraße die Funktion einer „Erstaufnahmeeinrichtung“ (EAE).

Auf der anderen Seite ist das Heim Motardstraße ein „Ausreisezentrum“. Dies bedeutet, dass MigantInnen, die zuvor zum Teil schon in eigenen Wohnungen lebten, auf unbefristete Zeit

in die Motardstraße einquartiert werden können. Sie sollen durch den Aufenthalt in diesem Heim psychisch unter Druck gesetzt werden, damit sie letztlich „freiwillig“ ausreisen. Zu den Druckmitteln gehört das tägliche Warten auf eine ungewisse Zukunft in einem Heim ohne Beschäftigungsmöglichkeiten, in engen Mehrbettzimmern und mit schlechten Fertiggessen der Firma Dussmann.

Ein Bewohner der Motardstraße berichtet über die Zustände:

Seit zwei Jahren und zwei Monaten bin ich jetzt schon in der Motardstraße. Man kann hier nichts

machen, da es kein Geld für die BVG-Tickets gibt. Wir haben 40 € Taschengeld. Doch dieses Geld wird uns gestrichen, wenn wir in den Augen der Behörden nicht bei unserer eigenen Abschiebung kooperieren. Mir wurde das Geld gestrichen und ich muss regelmäßig zum Arzt. Jetzt bekomme ich nur noch Tickets, die für diese Strecke begrenzt ausgestellt werden.

Doch die Anzahl der Tickets deckt nicht alle Arztbesuche im Monat ab, so dass ich eine Stunde zu Fuß krank zum Arzt laufen muss. Allgemein ist die medizinische Versorgung in der Motardstraße schlecht. Man muss sich einen Gesundheitschein bei der/dem SozialarbeiterIn holen und ist so von ihr/ihm abhängig. Doch das eigentliche Problem bei einer

Erkrankung sind die schlechten Lebensbedingungen in der Unterkunft an sich.

Das Essen in der Motardstraße ist sehr schlecht. Wir bekommen Fertiggessen von der Firma Dussmann. Fast niemand holt sich das Essen ab, es wird in den Abfallcontainer geschmissen. Nur Brot und Wasser wird abgeholt. Das weggeschmissene Essen zieht viele Tiere an, wie etwa Füchse oder Ratten. Aber auch Kakerlaken gab es schon in den Containerblickfen. In der Küche müssen sich

viele Menschen einen Herd teilen, abends muss man dann zum Kochen anstehen. Doch die monatlichen 40 € Taschengeld sind nicht ausreichend für den Kauf von Nahrung und BVG-Tickets.

Die Beziehung zwischen den BewohnernInnen ist schlecht. Man kann den ganzen Tag nichts tun – nur schlafen und essen und schlafen und essen. Für die Kinder gibt es keinen Spielplatz, sie müssen zwischen den Containern spielen. Wir müssen in engen Mehrbettzimmern wohnen, auf Me-

tallbetten schlafen und die Schränke sind nicht abschließbar.

Im Badezimmer werden die Frauen durch das Schlüsselloch beobachtet. Sie stecken deswegen Taschentücher in die Schlüssellocher.

Das ist das Leben in der Motardstraße!

Kein Lager nirgendwo! Rassismus, Antisemitismus und Sexismus bekämpfen!

Lager Motardstraße schließen, sofort!

Neues von Pankower Neonazis

von Emanzipative & Antifaschistische Gruppe [EAG]

Jörg Hähnel – Der Mann für die schiefen Töne

Vor einiger Zeit verabschiedete sich der „*nationale Barde*“

Hähnel vom Posten des Pankower NPD-Vorsitzenden. Er gab diesen an den Schläger Daniel Steinbrecher weiter. Hähnel wurde begründete diesen Schritt mit seiner Überlastung als Multifunktionsär.

Er war damals schon NPD-Verordneter in Lichtenberg, Mitarbeiter der NPD-Fraktion in Schwerin, Mitglied des Bundesvorstands der NPD, Liedermacher und Gestalter etlicher NPD-Propaganda.

Scheinbar ist das nicht genug für



Hähnel. Am 7. Juni 2008 löste er den kränklichen Eckart Bräuniger an der Spitze der Berliner NPD ab. Bräuniger wird sich zukünftig wohl mehr in der Bundes-NPD engagieren.

Michaela Zanker - Braune Sanitäter machen weiter

Der *Nationale Sanitätsdienst (NSD)* führt seit November 2007 die Arbeit des früheren *Braunen Kreuzes* weiter. Faktisch ist der NSD eine Arbeitsgruppe der NPD. Anmelderin der NSD-Webseite ist die einschlägig bekannte Michaela Zanker. Gegen ihren Lebensgefährten, einen Berliner Polizisten,

wird wegen Beihilfe zur Herstellung einer CD der Naziband DST ermittelt. Eine Umbenennung des Braunen Kreuzes war notwendig geworden, weil das Deutsche Rote Kreuz (DRK) gegen den Namen und die Verwendung des verfremdeten Symbols geklagt hatte. Das neue NSD-Logo sieht nunmehr dem Symbol eines großen deutschen Pharmaherstellers zum Verwechseln ähnlich. Die Firma Hexal prüft daher rechtliche Schritte gegen die braunen Demo-Helfer.

Zanker, die beim NPD-Bundesparteitag in Bamberg als Delegierte der Berliner NPD auftrat, wurde am 7. Juni 2008 zudem als Beisitzerin des Vorstands des Berliner Verbands gewählt.

Zeitgleich zur 6. „*Rosen auf den Weg gestreut*“ erscheint die dritte Broschüre des Berliner Antisexismus-Bündnisses „*AS.ISM 3*“.

Der Schwerpunkt liegt diesmal auf der Antisexistischen Praxis. Die Broschüre kann kostenlos bestellt werden.



AS.ISM 3 / JULI 2008 / STREITSCHRIFT GEGEN SEXISTISCHE ZUSTÄNDE / 0 EUR

Detlef Britt - Ein unbescholtener Bürger wehrt sich

Das neurechte Internetportal „*Politically Incorrect (PI)*“ schreibt am 27.11.2007 folgendes „*Es ist immer wieder erschreckend, mit welcher Leichtigkeit Teile der Bevölkerung (...) auf die schlichte Stigmatisierung von Mitmenschen mit blankem Hass bis zum Vernichtungswillen zu reagieren. Ein besonders krasser Fall (...) wird jetzt aus Berlin bekannt.*“

Was war passiert? Der Prenzlauer Berger Detlef Britt fand Plakate mit seinem Namen und dem Hinweis, dass er ein Nazi wäre in seiner Wohngegend. Nicht verwunderlich, schließlich war er lange Zeit Aktivist der Pankower Republikaner und sucht seit seinem Austritt die Nähe der lokalen NPD, er betreut ihre Infostände, er besucht ihre Aufmärsche und nutzt diverse Anlässe um von po-

litischen Gegnern Fotos anzufer-tigen. Die Internetseite „*Konservative*“, der sich PI bedient schreibt dazu folgendes „*Der 53jährige Berliner hat sich nichts zuschulden kommen lassen, was jemandem das Recht geben würde, ihn einen Neonazi zu schimpfen.*“

Wir meinen: Doch.

Willy Seidler - Junger Schläger im Zentrum der Repression

Seit einigen Jahren ist Seidler zusammen mit seiner Schwester Vicky in der Pankower Neona-zisszene aktiv. Während sie NPD-Verbandsarbeit, wie z.B. Standbetreuung bevorzugt, ist Seidler oft dabei, wenn es um handfeste Auseinandersetzungen geht. Für einige dieser Fälle muss

sich Seidler aktuell vor Gericht verantworten. So war er bei dem Angriff von 15 Neonazis auf eine Gruppe alternativer Jugendlicher am 11. Juli letzten Jahres dabei. Zusammen mit weiteren Jugendlichen Neonazis steht er dafür seit dem 3. Juni vor Gericht, verhandelt wird auch ein Angriff Seidlers auf einen Mitschüler, den er mit einem Teleskopschlagstock verletzte, „*weil er ihn gehänselt habe*“.

Am 4. Mai 2007 wurde Seidler zusammen mit dem Pankower NPD-Vorsitzenden Steinbrecher festgenommen, als er NPD-Plakate klebte, die beiden hatten Teleskopschlagstöcke und Präzisionssschleudern bei. Wir warten gespannt auf das Urteil.



★ HÄNDE WEG VOM MELLOWPARK

Betroffen ist der Park, gemeint sind wir alle!

von Antifaschistische Schüler_innen Vernetzung Pankow
[ASV]



Der Mellowpark ist die größte Jugendeinrichtung Köpenicks und entwickelte sich auf einer Fläche von 10.000 qm innerhalb von sieben Jahren zu Europas größter Jugend-, Sport- und Freizeiteinrichtung. Doch die Anlaufstelle für rund 20.000 Besucher_innen jährlich ist bedroht

“Die stetige Optimierung unseres Immobilienbestandes haben uns zur Nr. 1 im ostdeutschen Immobilienmarkt gemacht.”

Mit diesen Worten brüstet sich das Unternehmen, welches den Betreiber_innen des Mellowparks zum 31. Dezember 2008 kündigte und das Areal an der Friedrichshagener Straße nun als Wohngebiet in Gestalt von Luxus-Wohnungen vermarkten will.

Eine Alternative, welche den aktuellen Ort des Mellowpark nur annähernd ersetzen könnte, gibt es bisher nicht. So steht nicht nur die einzigartige Größe der Jugendeinrichtung auf dem Spiel, sondern das Projekt als

Ganzes, mit all seinen Möglichkeiten zur individuellen Freizeitegestaltung wie dem Skatepark, den Sportanlagen, den vielseitigen Workshops, dem Tonstudio und diversen anderen.

Zum Erhalt des Mellowparks gründeten die Betreiber_innen und Nutzer_innen die Bürger_innen-Initiative *“Hände weg vom Mellowpark”*. In der Initiative arbeiten 19 Gründer_innen an einem Plan zum Weiterbetrieb des Parks und sammelten mit der Unterstützung von 68 Helfer_innen wie Eltern, Anwohner_innen und Jugendlichen aus Köpenick insgesamt 6000 Unterschriften gegen die Schließung der Jugendfreizeiteinrichtung. Schon im letzten Jahr wurden die Unterstützer_innen aktiv. Mit einer Spontandemonstration zogen sie zum Berliner Abgeordnetenhaus, um beim Jugendforum 2007 zu zeigen, was selbstbestimmte Jugendpolitik bedeuten kann. 150 Skater_innen schafften es, die aktuellen Belange ins Licht zu rücken:

Unterstützt durch die Schnipselaktion der Bildungsinitiative engagierter Schüler_innen (BES) erregten sie die Aufmerksamkeit der anwesenden Politiker_innen, bis sie von der Polizei des Hauses verwiesen wurden. Hier wird deutlich, wie scheinheilig die sogenannte Förderung von Jugendprojekten im Abgeordnetenhaus ist – und das am Tag des Jugendforums, an dem

“Dann besetzen wir den Mellowpark. Mal sehen, was der Politik eine gute Jugendarbeit wert ist!”

Jugendliche eingeladen wurden, selbst Politik zu machen und ihre Forderungen zu artikulieren. Im Mai diesen Jahres wurden die Anhänger_innen des Mellowparks erneut aktiv. Mit einer Demo zogen sie durch Treptow zum Rathaus und beteiligten sich an der Bezirksverordnetenversammlung. Am Ufer der Spree zeigten junge

Antifaschist_innen ihre Solidarität mit einem Freiräume-Transpi und einer spontanen Kundgebung. Besonders im Berliner Raum stellt das Verschwinden von Freizeiteinrichtungen für all jene ein Problem dar, die nicht wissen, wie und vor allem wo sie ihren Nachmittag verbringen sollen. Finanzielle Zuschüsse, eine wichtige Voraussetzung für Jugendprojekte, werden immer öfter gestrichen bzw. gekürzt, worunter letztendlich die Jugendlichen zu leiden haben, welchen oftmals ein Ort fehlt, an dem sie unter sich sind und Gelegenheit haben zu skaten, zu quatschen oder einfach mal abzuhängen. Als Schüler_innen fehlt uns oft ein solcher Ort. Darum setzen wir uns für die jetzige Standorterhaltung des Mellowparks mit seinen quantitativen Angeboten ein und starteten im März die Kampagne *“Mellowpark bleibt....- Squater and*

Skater together”. Im Rahmen der Kampagne wurden bereits 4000 Aufkleber gedruckt und verklebt, denn als Antifaschist_innen gehen uns neben den bedrohten alternativen Wohnprojekten, wie z.B. der Rigaer 94, auch Freiräume an, in denen Jugendliche selbstbestimmte Freizeitgestaltung erfahren und diese aktiv beeinflussen können. Wir erachten eine Unterstützung, ähnlich der der Köpi, die eine bevorstehende Räumung verhinderte, auch beim Mellowpark für angebracht.. Glücklicherweise geben die Betreiber_innen des Mellowpark nicht gleich klein bei: *“Dann besetzen wir den Mellowpark. Mal sehen, was der Politik eine gute Jugendarbeit wert ist!”*

**Kreative Umgebungsgestaltung –
Unsere Art von Stadtverwaltung!
Wir retten den Mellowpark –
Squater and Skater together!**



Neonazistische Aktivitäten in Bernau und Biesenthal

In der letzten Ausgabe wurde bereits über die bevorstehenden Kommunalwahlen im September in Brandenburg berichtet. Nun folgt ein Text von aktiven Antifaschist_innen aus Bernau und Biesenthal – zwei Städte nordöstlich von Berlin (Landkreis Barnim).

Der „Alte Dorferug“ in Schönow und die gestörte Ruhe

Die Stadt Bernau – auch bekannt als Hussitenstadt und schon immer eine rote Insel im braunen Meer, trat in den letzten Jahren vor allem durch seine alternative und antifaschistische Jugendszene in die Öffentlichkeit. Versuche von Brandenburger und Berliner Neonazikameradschaften, in den Jahren 2004 und 2005 in Bernau Fuß zu fassen, scheiterten kläglich. Doch seit einigen Monaten sorgt der ca. 5.900 Einwohner_innen starke Ortsteil Schönow für Gesprächsstoff.

Im vergangenen Dezember fand in einer Gaststätte, dem „Alten Dorferug“ in Schönow, der Landesparteitag der NPD statt. Daraufhin berichtete die Polizei Barnim von regelmäßigen monatlichen Treffen der NPD im Dorferug. Im März diesen Jahres kam es dann zu einem weiteren größeren Neonazitreffen. Bei einem

so genannten „Kameradschaftsabend“ waren neben „freien Kameradschaftlern“ und NPDlern aus Berlin und Brandenburg auch bekannte Neonazis, wie Jörg Hähnel (seit kurzem NPD-Landesvorsitzender Berlin) und Mike Sandow (NPD-Kreisvorsitzender Barnim-Uckermark) anwesend. Ebenso wie Michael „Lunikoff“ Regener, Sänger der verbotenen

Da die Nazis nicht mit Springerstiefeln, Glatze und Bomberjacke im Ort herumlaufen, stört sich niemand an den Veranstaltungen im Dorferug.

Neonaziband „Landser“. Seit einigen Jahren ist der „Alte Dorferug“ im Besitz von Frau Spahn und ihrem Lebensgefährten. Regelmäßig finden neben den bereits erwähnten Veranstaltungen, Konzerte und Parties statt.

Gegen die Annahme, der Dorferug habe schon lange finanzielle Probleme, und die NPD kam

zur rechten Zeit mit dem nötigen Geld, spricht u.a.:

Die Wirtin hat nicht nur ein finanzielles, sondern auch ein ideologisches Interesse. So sind Lebensgefährte und besonders der Sohn selbst aktiv in der rechten Szene.

Neben örtlichen Neonazis wurden auch die so genannten „Rechtspo-

pulisten“ - Verordnete der „Unabhängigen Fraktion“ der Bernauer Stadtverordnetenversammlung, ehemals „Schillpartei“, bei den NPD Veranstaltungen in Schönow gesehen. Diese Verbindung wundert nicht, so ist Mike Sandow bei einem Mitglied der dreiköpfigen Fraktion als Hausmeister angestellt.

Bereits im September 2004 sollte ein rechtsextremer Liederabend im Dorfkrug stattfinden.

Dieser, zu dem sich bereits 70 bis 80 Nazis versammelten, wurde schon im Vorfeld durch die Polizei verhindert. Damals hatten auch die örtlichen Neonazis der „Nationalen Jugend Barnim“ und des „Nationalen Bündnis Preußen“ zu dem Abend aufgerufen.

Vor einigen Jahren sollte der Saal – weil dieser der einzige größere Raum in der Umgebung ist - für Jugendliche im Ort geöffnet werden.

Nach ersten Problemen mit Wirt und Wirtin, die ihre rechte Propaganda an den Jugendlichen ausprobierten, suchte man nach einem anderen Ort für die Jugendlichen.

Geht man nach der Ortsbürgermeisterin Adelheid Reimann (SPD) oder anderen Bürger_innen des Ortes, stellen die regelmäßigen Treffen und Veranstaltung jedoch kein Problem dar. Da die Nazis nicht offensichtlich mit Springerstiefeln, Glatze und Bomberjacke im Ort herumlaufen und Jagd auf Migrant_innen, Ho-

mosexuelle, Behinderte oder Linke machen, sondern „ordentlich“ und meist in Anzügen auftreten, stört sich niemand an den Veranstaltungen im Dorfkrug.

Die Bürger_innen wollen ihre Ruhe im Ort, deswegen sollte lieber nicht über die Nazis geredet werden. Das könnte auch dem Ansehen der ganzen Stadt schaden.

Im Alten Dorfkrug in Schönow haben die Nazis nun einen „ruhiges Plätzchen“ gefunden, um sich ungestört auf die kommenden Wahlen vorzubereiten.

Doch es gibt einige Wenige, die nicht länger mit ansehen wollen, wie sich die Nazis breit machen.

Z.B. sagte der örtliche Sportverein seine Weihnachtsfeier im vergangenen Jahr im Dorfkrug ab, nachdem bekannt wurde, dass dort der NPD- Landesparteitag stattfand. Verschiedene Bürger_innen des Bernauer Netzwerkes für Toleranz und Weltoffenheit, darunter auch Schönower_innen, wollen nun im Ort aufklären.

Biesenthal: Mikey, die NPD und das Schulungszentrum

Immer wieder liest man in der

Zeitung „NPD plant Schulungszentrum“, „NPD will Grundstück erwerben“, etc. Zuletzt gab es solch eine Vermutung Anfang Mai in Rheinsberg (Landkreis Ostprignitz-Ruppin). Nun hieß es Ende Mai in diversen Zeitungen: „Nazis im Flüchtlingsheim?“ oder auch „NPD will ins Asylbewerberheim“.

Der Grund: Die NPD sei bei ihrer fieberhaften Suche nach einer Immobilie endlich fündig geworden. Das ehemalige Asylbewerberheim in Biesenthal solle nun Schulungszentrum werden.

Bereits im August des letzten Jahres hieß es, die NPD habe Interesse an einem Objekt, welches bis dahin als so genanntes Asylbewerberheim genutzt wurde.

Der Mietvertrag des Heimes lief im März diesen Jahres aus und der Besitzer weigerte sich den Vertrag zu verlängern. Viele Zeitungen berichteten, dass die NPD noch im Mai mit ersten Veranstaltungen anfangen wolle. Der Tagesspiegel hatte dies aus so genannten Sicherheitskreisen vernommen. Dort heißt es weiter:



Sowjetischer Militärmüll in Biesenthal

„In Biesenthal habe die Partei offenbar genau die Immobilie entdeckt, die sie gesucht hatte“.

Auch der Verfassungsschutz bestätigt dies. Nur der Besitzer bestreitet gegenüber Stadt und Presse einen Mietvertrag mit der NPD zu haben. Biesenthals Bürgermeister André Stahl kündigte an: *„Wir werden eine NPD-Einrichtung verhindern und dabei alle Möglichkeiten des Ordnungs- und Verwaltungsrechtes ausschöpfen.“*

Kurz darauf veranlasste der Landkreis Barnim eine Verfügung gegen eine mögliche Ansiedlung der NPD. Demnach dürfen die Gebäude auf dem Gelände nicht für einen Pensionsbetrieb genutzt werden.

Mit diversen Aktionen wehrt sich die Stadt nun gegen die Ansiedlungen der NPD:

Nach Bekanntwerden der NPD Pläne, gründete sich ein Netzwerk gegen Rechts, welches zu einem Friedensgebet gegen die NPD aufrief. Ende Mai steckten junge Antifaschist_innen Flyer in Briefkästen in Biesenthal um für die Kampagne *„Keine Stimme den Nazis“* im Vorfeld der Kommunalwahlen aufmerksam zu machen. Weitere Aktionen sollen folgen.

Die Möglichkeiten von Stadt, Land und Zivilgesellschaft sich gegen die Ansiedlung der NPD zu wehren, sehen allerdings nicht immer rosig aus. In einem Artikel

des Tagesspiegel Mitte Juni, wurde die Brisanz nun deutlicher:

Auf dem Gelände wolle nicht nur die NPD einen „Stützpunkt“ für die Kommunalwahlen im September aufbauen, auch für die neonazistische Musikszene oder andere Neonazivereinigung wie die *„Heimatreue Deutsche Jugend“* (HDJ), sei es ein *„ein zentrales Objekt“*, das *„bundesweit in die Szene ausstrahlt“*.

Ob Schulungszentrum oder nicht, Biesenthal ist hinsichtlich neonazistischer Aktivitäten kein unbeschriebenes Blatt.

So wohnt Mike Sandow, der Vorsitzende der NPD-Kreisverbandes Barnim-Uckermark, der sich im Dezember 2006 gründete und weitere NPD-Mitglieder in Biesenthal. Ab und an trifft man Mikey bei der Biesenthaler Stadtverordnetenversammlung oder liest Kommentare auf der Internetseite der Stadt.

Auch auf dem Internetportal des NPD Kreisverbandes, dem *„Nationalen Netztagbuch“*, finden sich antisemitische und rassistische Äußerungen der Partei.



Ende Mai bejubelte die NPD eine Frau, die einen *„dunkelhäutigen“* Mitarbeiter der Berliner Verkehrsbetriebe geschlagen und beschimpft hatte. Im letzten Jahr musste die Seite wegen einer antisemitischen Äußerung vorübergehend offline gehen.

www.keine-stimme-den-nazis.de

Am 28. September 2008 sind Kommunalwahlen in Brandenburg. Die NPD will flächen-deckend antreten und wird dabei tatkräftig von gewalttätigen Neonazis aus den „Freien Kameradschaften“ unterstützt. Ihr Plan ist der Einzug in die kommunalen Parlamente, um sich so ein Fundament für die Landtagswahlen 2009 zu schaffen.

Unser Plan ist, den Nazis einen dicken Strich durch die Rechnung zu machen – sowohl bei den Wahlen, als auch im Alltag, auf der Straße, im Jugendclub oder im Verein. Dazu haben wir uns in der Kampagne „Keine Stimme den Nazis!“ zusammengeschlossen. Wir sind ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Jugendverbänden, Antifas und vielen weiteren Gruppen. Wir stehen für ein solidarisches Zusammenleben aller



Menschen. In den nächsten Monaten sind vielfältige Aktivitäten geplant. Mach mit, wenn du gegen Rechts aktiv werden willst!

Gemeinsam haben wir eine klare Chance, den weiteren Vormarsch der extremen Rechten in Brandenburg zu stoppen.



Man muss nicht der Verfasser breit angelegter Studien zu Fremdenfeindlichkeit sein, um die nicht abnehmende Präsenz von Rassismus, Antisemitismus und anderen menschenfeindlichen Ideologien im deutschen Alltag – und nicht nur dort – wahrzunehmen. Sei es die Hetzjagd auf ausgemachte Fremde im sächsischen Mügeln, die Pöbeleien und Angriffe auf jüdische Schüler in Berlin oder auch schlicht die geringe Wahrnehmbarkeit von Menschen anderer Hautfarbe als der weißen in öffentlichen Ämtern, Medien und sozialen Zusammenhängen – all dies unterstreicht die stete Aktualität diskriminierender Denk- und Handlungsweisen und die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung. Das Heft entstand daher aus der Intention, eine zeitlose und umfangreiche Kritik jener Denkweisen zu liefern. So war es uns hierbei eher wichtig, eine breite und vielschichtige Auseinandersetzung zu dokumentieren, als eine einheitliche inhaltliche Stoßrichtung in allen Beiträgen.

Bitte schreibt uns Emails mit Anregungen, Kritik oder auch Lob an interventionen@conne-island.de und helft durch Verteilen und Weiterverbreitung dieses Heftes viele Menschen für die Wichtigkeit dieser Themen zu sensibilisieren.

60 Jahre Israel Happy Birthday und Hava nagila

Theodor Herzl und mit ihm viele andere träumten von einem unabhängigen jüdischen Staat. Am 14. Mai 1948 wurde dieser Traum Wirklichkeit. David Ben Gurion, der erste Staatspräsident, rief in Tel Aviv den Staat Israel aus. Zu diesem Anlass sagen wir:

Hava nagila venismechah!¹

von AK Antifa der Jusos Berlin

Denn Grund zum Feiern gibt es anlässlich dieses Geburtstages genug! Mit der Gründung Israels wurde Millionen Jüdinnen und Juden ein Land geschaffen, in dem ein sicheres Leben ohne antisemitische Verfolgung möglich werden sollte und das für viele Jüdinnen und Juden in der Diaspora ein Rettungshafen darstellt. Dass

Grund zum feiern. Dass in Israel ein Leben in Freiheit für Millionen Jüdinnen und Juden und für Menschen anderen Glaubens möglich ist, ist ein Grund zum feiern! Der Zionismus ist die einzige Antwort, die es auf Jahrhunderte der Verfolgung, die in den unvorstellbaren Grausamkeiten der Shoah gipfelten, geben kann.

ist auch nach der Verwirklichung der großen Vision des Zionismus alles andere als verschwunden. So ist für Islamisten nicht nur alles jüdische böse, sondern auch alles Böse jüdisch. Der „*kleine Satan*“ Israel soll aus ihrer Sicht von der Landkarte getilgt werden. Es ist unentbehrlich, soll der sich gegen jeden Antisemitismus wendende Antifaschismus ernst gemeint sein, den islamischen Antisemitismus mit aller Vehemenz zu verurteilen und sich solidarisch mit Israel zu erklären.

Laut einer Umfrage der BBC vom Frühjahr 2007 sind 77% der Deutschen der Ansicht, Israel habe einen negativen Einfluss auf die Welt.

Israel trotz aller Feinde, derer es leider viel zu viele gibt, heute ein junges, blühendes und attraktives Land ist, ist ein Grund zum feiern! Dass Israel trotz aller Bedrohung eine pluralistische Gesellschaft und die einzige Demokratie im Nahen Osten ist, ist ein

Doch darf die Freude über Israels 60sten Geburtstag nicht darüber hinwegtäuschen, dass Israel, wie kein anderer Staat, Gegenstand heftigster Anfeindungen ist, dass Israel, wie kein anderer Staat, in seiner bloßen Existenz bedroht ist. Der Antisemitismus

Weiterhin ist der Geburtstag Israels ein passender Anlass einen Blick auf die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu Israel zu wagen. Angesichts einiger aussagekräftiger Umfrageergebnisse ist man geneigt, Kurt Tucholsky auch heute noch recht zu geben, wenn er einmal schrieb: „*Das deutsche*

Volk“, hat einmal einer gesagt, „besitzt zwei Leidenschaften: das Bier und den Antisemitismus.“

Denn laut einer Umfrage der BBC vom Frühjahr 2007 sind 77% der Deutschen der Ansicht, Israel habe einen negativen Einfluss auf die Welt. Zwei weitere Beispiel: 51,2% der deutschen meinen *„Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“*

Und 68 Prozent sind folgender Ansicht: *„Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser.“* Dies anders zu erklären als mit Geschichtsrevisionismus und

Antisemitismus, der sich hier in der politisch „korrekten“ Form der Israelkritik, bzw. des Antizionismus, präsentiert, scheint schwerlich möglich, es wird alles erdenklich böse auf den jüdischen Staat projiziert.

Trotz und gerade wegen all der Gegner_innen Israels ist es wichtig, zu sagen und kann gar nicht oft genug wiederholt werden, dass für uns Israels Geburtstag Anlass zur Freude und zum Feiern ist. In diesem Sinne:
Happy Birthday Israel!!!

1 Hebräisch für: „Lasst uns glücklich und fröhlich sein“, Strophe des hebräischen Volksliedes „Hava Nagila“
2 Ergebnisse der Heitmeyer-Studie der Universität Bielefeld



jüdische Immigranten landen in Palästina

Interview mit „Jugendliche ohne Grenzen“

Jugendliche ohne Grenzen (JoG) ist ein bundesweiter Zusammenschluss jugendlicher Flüchtlinge. Die Jugendlichen unterstützen sich gegenseitig bei der Bewältigung des alltäglichen, staatlichen Rassismus und kämpfen gemeinsam für eine Verbesserung ihrer Situation. Insbesondere setzen sie sich für ein Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge und eine Legalisierung illegalisierter Migrant_innen ein.

Wir sprachen mit Azad (21), Ahmad (23) und Abu Umar (25) von JoG Berlin. Weitere Informationen zu JoG findet ihr unter www.jogspace.net und www.berlin.jogspace.net.

von Antifa Prenzlauer Berg [APB]



Die Berliner Bleiberechtsinitiative gibt es seit 2002. Damals haben sie sich im Berliner Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge (BBZ) getroffen und viele lokale Aktionen gemacht, um auf Ihre Lage aufmerksam zu machen. 2005 veranstalteten jugendliche und junge erwachsene Migrant_innen eine eigene Konferenz parallel zum Treffen der Innenminister in Karlsruhe. Die anwesenden jugendlichen Flüchtlinge aus allen Bundesländern gründeten dort JoG. Seitdem organisiert JoG regelmäßig eigene Konferenzen jugendlicher Flüchtlinge parallel zu den Treffen der Innenminister. Die Berliner und Brandenburger Gruppe werden weiterhin vom BBZ unterstützt und koordiniert.

APB: Guten Tag, Ihr drei seid selbst als Kinder nach Deutschland geflohen. Was war eure Motivation euch mit anderen jugendlichen Flüchtlingen zusammenzuschließen?

Ahmad: *Ich bin erst später dazu gekommen und habe mir die Gruppe erstmal angeschaut. Ich fand es toll, dass so viele Jugendliche sich in ihrer eigenen Sache einsetzen. Sie haben zwar viele deutsche Unterstützer und Unterstützerinnen, aber die Hauptarbeit machen sie selbst. Ich will mich selbst für meine Rechte einsetzen und nicht, dass jemand der meine Situation gar nicht kennt, für mich spricht und für mich kämpft.*

Azad: *Für mich war es wichtig, dass ich nicht alleine bin, nicht alleine dastehe. Ich habe gemerkt, dass es noch Andere gibt, die den gleichen Aufenthaltstitel und die gleichen Probleme haben. Ich wollte nicht einfach warten, bis mal etwas kommt oder ob überhaupt etwas kommt, sondern dafür kämpfen.*

Abu Umar: *Bei JoG kann mensch sich gut fühlen. Die meisten Deutschen stempeln dich gleich als Terrorist, Krimineller oder irgendetwas anderes ab, wenn sie die Duldung anschauen. Nur wegen diesem Papier, für das keiner etwas kann. Überall steht Identität nicht nachgewiesen, Staatsangehörigkeit ungeklärt, am 0.00.0000 geboren. Du darfst nicht studieren, darfst nicht arbeiten. Das*

Illegalisierte
Illegalisierte sind Menschen ohne Papiere, also ohne Aufenthaltsrecht. Schätzungen über die Zahl der Illegalisierten in Deutschland schwanken zwischen einer 500.000 und 1,5 Millionen. Ein Teil von ihnen kommt heimlich nach Deutschland, um hier zu arbeiten. Andere sind vor der drohenden Abschiebung untergetaucht. Illegalisierte leben unter schwierigsten sozialen Bedingungen: Sie dürfen nicht auffallen, werden bei der Schwarzarbeit ausgebeutet und können soziale Rechte wie beispielsweise Krankenversicherung praktisch nicht in Anspruch nehmen.

ist Rassismus pur.

Ahmad: *Machen wir uns doch mal nichts vor. Wir Flüchtlinge oder vielleicht besser Migrant_innen können uns, wenn es drauf ankommt, auf niemanden verlassen. Entweder kämpfen wir für unsere Sache oder wir haben verloren. Kein deutscher Politiker wird sich so intensiv um uns kümmern, wie wir uns um unsere eigene Sache kümmern.*

APB: In Berlin haben Ende Mai 7.000 Jugendliche gegen „Bildungsblockaden“ und für eine „freie, selbstbestimmte Bildung für alle“ demonstriert. Wie ist die Situation in Schule, Studium und Ausbildung speziell für jugendliche Flüchtlinge?

Ahmad: *Gerade von Jugendlichen fordert mensch sich zu integrieren. Ich weiß nicht, was die meisten Menschen darunter überhaupt verstehen, die meisten jugendlichen Flüchtlinge sprechen doch deutsch. Aber ganz viele haben den Status der Duldung seit Jahren. Wenn du einen Ausweis hast, auf dem „Aussetzung der Abschiebung“ für die nächsten sechs Monate steht, dann ist eine langfristige Perspektive einfach nicht möglich. Ein deutscher Jugendlicher überlegt sich: Ich streng mich jetzt an und mache dann eine Ausbildung oder gehe an die Universität. Wenn du eine Duldung hast, weißt du: Nach der 10. Klasse sitze ich zu Hause. Ich kann weder an die Volkshochschule mich selber weiterbilden, noch eine Ausbildung machen oder studieren – ich kann gar nichts machen. Und mit dieser Perspektivlosigkeit müssen die Jugendlichen zur Schule gehen. In einigen Bundesländern haben jugendliche Flüchtlinge nicht mal automatisch einen Anspruch auf einen Schulplatz. Wenn du jetzt in einem Heim oder Lager im Heim lebst und jeden Tag*

Duldung

Die Duldung bezeichnet eine „vorübergehende Aussetzung der Abschiebung“. Eine Duldung erhält, wer Deutschland verlassen muss, aber (noch) nicht abgeschoben werden kann, z.B. weil kein Pass vorliegt, wegen einer Erkrankung oder weil es keinen Weg gibt, eine Kriegsregion anzufliessen. In der Praxis leben rund 200.000 Menschen in Deutschland mit einer Duldung – fast die Hälfte schon seit mindestens 10 Jahren. Da die Duldungen immer nur für wenige Monate ausgesprochen werden und so jederzeit eine Abschiebung droht, bedeutet dieser Zustand eine erhebliche Belastung für die Betroffenen. Gleichzeitig dürfen Menschen mit Duldung in Deutschland meist nicht arbeiten, keine weiterführende Schule besuchen, keine Ausbildung machen und den ihnen zugewiesenen Landkreis nur mit Genehmigung verlassen.

1 ½ Stunden zur Schule fahren musst, ist es für viele gar nicht möglich, zur Schule zu gehen.

Wir hatten durch Zufall mal ein Gespräch, wie es manche von uns ihr Abitur geschafft haben. Bei mir war es so: Als ich mit 12 Jahren nach Deutschland kam, kam ich erstmal auf die Grundschule und konnte natürlich noch kein Wort deutsch. Nach ein paar Wochen hat mir eine Lehrerin gesagt, dass ich auf die Hauptschule komme. Ich dachte: „Klar, warum nicht.“ Nur durch Zufall hat dann ein engagierter Lehrer nachgefragt und mir die Trennung in Haupt-, Realschule und Gymnasium erklärt und mich gefragt, ob ich es nicht auf der Realschule probieren will. Nur durch diesen Zufall kam ich zu meinem Realschul-Abschluss und dann schließlich zu meinem Abitur. Es kann doch nicht sein, dass ein solcher Zufall über die Zukunft von tausenden Jugendlichen entscheidet.

Azad: *Als ich vor sieben Jahren nach Deutschland kam, wurde ich direkt auf eine Hauptschule geschickt. Ich wusste auch überhaupt nicht, dass es auch Realschulabschluss und Abitur gibt. Nach der 9. Klasse habe ich dann eine Empfehlung für eine katholische Schule bekommen. Das ist eigentlich ziemlich gut. Habe mich dann dort beworben und sie meinten auch, dass sie mich nehmen. Dann haben sie jedoch nach meinen Auf-*

enthalt gefragt. Sie meinten dann, dass sie mich zwar gerne nehmen würden, weil mein Notendurchschnitt sehr gut ist, sie aber keine Leute nehmen, die nur eine Duldung für sechs Monate haben. Ich habe es mit einem Anwalt versucht, aber hatte keine Chance. Auf einer anderen Schule habe ich dann trotzdem meinen Realschulabschluss gemacht und wollte dann mein Abitur machen. Wegen meiner Duldung wurde ich aber wieder nur abgelehnt.

Wie Ahmad gesagt hat: Du hast einfach keine Perspektive. Dann gehst du lieber illegal arbeiten und ein bisschen Geld verdienen – besser als diese 120 Euro Sozialhilfe.

Abu Umar: Bei mir war es ähnlich. Mit 14 Jahren bin ich in Deutschland angekommen und direkt in eine

„Die meisten Deutschen stempeln dich gleich als Terrorist, Krimineller oder irgendetwas anderes ab, wenn sie die Duldung anschauen.“

Förderklasse auf die Hauptschule gekommen. Zwei Jahre habe ich dann gebraucht, um deutsch zu lernen. Ich habe dann meinen Hauptschulabschluss geschafft und wollte eine Ausbildung beginnen. Wurfte ich aber nicht, wegen der Duldung. Ich habe dann geschaut, was ich überhaupt machen darf und mich bei der Volkshochschule angemeldet. Die musste ich jedoch selber bezahlen, was natürlich finanziell ein bisschen beschissen war. Ich habe deshalb angefangen, Werbung zu verteilen und wurde erwischt: Illegale Arbeit. Natürlich gleich eine Anzeige und vor Gericht. Das war mein erster Schock: Das die hinter einem Jugendlichen her sind, nur weil der arbeitet, um seine Schule zu finanzieren.

APB: Viele deutsche Jugendliche können sich gar nicht vorstellen, was für ein Zwang dahinter steht, als Kind oder Jugendlicher mit seiner Familie

oder sogar alleine nach Deutschland zu fliehen. Ich wollte euch daher bitten kurz zu erzählen, warum ihr flüchten musstet.

Abu Umar: In unseren Heimatländern gibt es keine Zukunft. Mensch muss sich nur einmal vorstellen, dass ein Lehrer oder ein Ingenieur an der Straße Obst verkaufen oder Taxi fahren muss. Nicht weil unsere Heimat so ist. Ich zum Beispiel bin palästinensischer Flüchtling aus dem Libanon. Seitdem ich geboren bin, gab es nur Kriege. Wie soll mensch da noch leben? Ich glaube nicht, dass auch nur ein Ausländer freiwillig hier her gekommen ist.

Ahmad: Ich habe erst gedacht wir

verreisen nach Deutschland. Mit 12 Jahren nimmt mensch das eher als Abenteuer wahr. Erst als wir in Deutschland waren, wurde mir mit der Zeit klar, dass wir hier bleiben. Ich habe mein Vater ein paar mal gefragt, warum wir geflüchtet sind. Aber er spricht nicht so gerne darüber. Er sagte nur, dass er nicht mehr dafür garantieren konnte, uns groß zu ziehen. Wenn ich jetzt Fernsehen schaue, frage ich mich, wie mein Vater dort fünf Kinder großziehen wollte. Es ging einfach gar nicht. Es ist ein ständiger Zustand der Angst vor den gewaltsamen Auseinandersetzungen und Kriegen, der das

Leben bestimmt. Wie soll jemand in einer solchen Situation Kinder großziehen können und ihnen eine Zukunft bieten?

APB: Ihr setzt euch seit langem für eine Bleiberechtsregelung für geduldete Flüchtlinge ein. Welche Erfahrungen habt ihr dabei gesammelt und wie erfolgreich waren eure Bemühungen?

Ahmad: Wir erleben das ganz oft, dass Jugendliche zu uns kommen, die seit Jahren eine Duldung haben und nun eine Ausbildung machen wollen. Sie kommen dann in die Gruppe rein und haben manchmal die Hoffnung, dass sie nach ein paar Wochen eine Ausbildung machen dürfen. Das ist natürlich nicht so. Wir brauchen einen ganz langen Atem.

Das Thema Bleiberecht war bei jeder Konferenz, die wir gemacht haben, an erster Stelle. Wir haben ganz viele Aktionen, Demos und so weiter gemacht. Unser größter Erfolg war dann in Nürnberg 2006: Wir haben die bis dahin größte Konferenz von JoG mit Jugendliche aus allen Bundesländern organisiert und gemeinsam mit ganz vielen anderen Organisationen eine Demonstration mit 2.000 bis 3.000 Personen veranstaltet. Das Thema Bleiberecht stand auf der Tagesordnung der Innenminister und es hieß, da soll was kommen – diejenigen, die seit langem in Deutschland leben, sollen einen Aufenthalt bekommen. Die Stimmung war natürlich richtig gut.

Wir haben dann im Fernsehen mitverfolgt, wie die Regelung beschlossen wurde und dann hieß es: Nur wer seit 6 Jahren (Singles seit 8 Jahren) in Deutschland ist; nur wer nicht vorbestraft ist; nur wer eine Arbeit hat – was völlig absurd ist, denn wer eine Duldung hat, darf gar nicht arbeiten – und nur wer keine falschen Angaben gemacht hat, kriegt einen Aufenthalt. Das heißt, es gab ein Bleiberecht, aber nur für topfite

Abschiebung

Eine Abschiebung bedeutet eine von Behörden erzwungene und notfalls mit Gewalt durchgesetzte Ausreise von Menschen in ein anderes Land. Im Jahr 2004 wurden aus Deutschland ca. 22.000 Menschen abgeschoben. Zur Durchsetzung der Abschiebung können Betroffene bis zu 18 Monate in Abschiebehaft gesperrt werden – ohne dass sie eine Straftat begangen haben.

Menschen, die produktiv sind – die Deutschland Geld bringen.

Mitte 2007 kam dann ein gesetzliches Bleiberecht, das jedoch genauso schlecht war. Von den knapp 200.000 Geduldeten haben bisher maximal 20.000 ein Bleiberecht bekommen. Es werden einfach viel zu viele Menschen von einem Bleiberecht ausgeschlossen. Für uns ist das Thema nach wie vor aktuell. Die meisten von uns haben kein Bleiberecht bekommen.

APB: Im Vorgespräch habt ihr erzählt, dass ihr euch in Zukunft für die Legalisierung von Menschen, die in die Illegalität gedrängt wurden, einsetzen wollt. Weshalb wollt ihr dieses Thema

in Zukunft zu einem weiteren Schwerpunkt machen und wie seht ihr die Chancen, auch in Deutschland eine Legalisierung von illegalisierten Migrant_innen zu erkämpfen?

Ahmad: *Dieses Thema war natürlich immer präsent. Aber für uns nicht so deutlich, bis wir direkt mit Illegalität konfrontiert wurden. Wir haben erst langsam von ganz vielen Betroffenen mitbekommen, wie sie hier in Deutschland leben. Das schwierige ist, dass solche Menschen bis jetzt keine Lobby haben. Wir versuchen jetzt mit Betroffenen und Unterstützer_innen in Kontakt zu treten. Wir gehen nicht davon aus,*

dass dieses Thema in den nächsten zwei, drei Jahren gelöst wird. Aber wir setzen uns ran. Uns geht es erstmal darum, die Bevölkerung zu informieren. Weil eigentlich weiß mensch von diesen Menschen gar nichts, obwohl sie unter uns leben. Sie arbeiten schwarz auf dem Bau, bedienen uns im Supermarkt, sind Kellner oder Tagesmütter. Wir wissen aber von ihnen eigentlich gar nichts. Sie zeigen natürlich auch nicht nach draußen, dass sie hier ohne Papiere leben. Für unsere nächste Konferenz versuchen wir, Referent_innen zu diesem Thema zu bekommen. Es ist sehr schwierig, weil das Thema nicht so fassbar ist, aber das haben wir uns nun vorgenommen.

Massenflucht und unsere Mitverantwortung

Ramin Agha Kazem Schirazi und Mohammed Jouni von Jugendliche ohne Grenzen

Entsprechend dem „Abkommen über die Rechtstellung von Flüchtlingen“ vom 28. Juli 1951, besser bekannt unter dem Namen „Genfer Flüchtlingskonvention“, ist diejenige Person ein Flüchtling, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung

sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder we-

gen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will“. Auf dieser Grundlage geht das „Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge“ (UNHCR) davon aus, dass sich die Gesamtzahl der Flüchtlinge momentan auf 40 Millionen Menschen beläuft. Von diesen verbleiben ca. 80-85% in ihrer Herkunftsregion, während die Anzahl der Binnen-

flüchtlinge, d.h. der im eigenen Land Vertriebenen, laut Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) auf 24,5 Millionen geschätzt wird.

Fluchtursachen

Die Verhältnisse, die dafür sorgen, dass ein Mensch seinen angestammten Lebensraum verlässt, um durch Flucht in ein anderes Land oder in eine andere Region seine Lebenssituation erträglicher gestalten zu können, sind vielfältig. Neben der globalen Verteilungsungerechtigkeit sind es Naturkatastrophen, Kriege und Konflikte um Ressourcen, um nur einige der Umstände zu nennen, die die Lebensgrundlage von Menschen zerstören und sie zur Flucht aus ihrer Heimat zwingen. Die Ursachen können sowohl innerhalb als auch außerhalb der Länder liegen. Letztere sollen im Rahmen dieses Artikels in den Fokus genommen werden.

Führen wir uns doch nur einmal folgende Fakten vor Augen: Obwohl also die Weltwirtschaft in den letzten 60 Jahren um das siebenfache angewachsen ist, profitieren global gesehen immer weniger Menschen davon. Schaut man sich die Verteilung des Einkommens auf der Welt an, so stellt man mit Erschrecken fest, dass 3 Milliarden Menschen – das ist die Hälfte der Erdbevölkerung – weniger verdienen als die 400 reichsten Familien.

Es waren schließlich die Kolonialmächte, die die Strukturen aufgebaut hatten, „... die mit einer auf Export ausgerichteten Wirtschaftspolitik die Grundlage für die andauernde Abhängigkeit vieler ... Staaten von den Weltmarkt beherrschenden Konzernen legten.“ Die Zusammenhänge heutzutage laufen ähnlich wie zu Hochzeiten des Kolonialismus: Korrupte Eliten in

der Peripherie nutzen ihre Macht zur persönlichen Bereicherung und verdienen am Rohstoffexport und der Vergabe von Konzessionen. Sie bedienen die Interessen des Zentrums, während sie in Kauf nehmen, dass die eigene Bevölkerung auf dramatische Weise verarmt. So waren es z.B. im Kongo Auseinandersetzungen um die reichhaltigen Bodenschätze und die Möglichkeit, mit dem Verkauf dieser in das Ausland enorme Geldsummen zu verdienen, die zu hunderttausenden Toten führten. Ähnlich sieht die Situation in Angola, Sudan und in vielen anderen Gegenden dieser Welt aus.

Als ein weiteres Beispiel dienen die riesigen Fischereiflotten der Europäischen Union (EU), die mit teilweise abgepressten Konzessionen die Gewässer vor den Küsten Westafrikas leerfischen. Um die heimischen Arbeitsplätze zu schützen, subventioniert die EU dieses Unternehmen, indem sie den Fischern, den Treibstoff, die Löhne und die Lizenzen für die Fischereirechte zahlt. Alleine im Zeitraum von 2004 bis 2006 floss so eine Summe von 4,1

Über 30.000 Personen haben sich alleine im Jahre 2006 mit Booten von Westafrika auf den Weg nach Europa gemacht.

Milliarden Euros in die Fischerei, die die Verdienstmöglichkeiten der Menschen vor Ort vernichtet. Denn durch den hochindustrialisierten Fischereibetrieb sind die Gewässer vor Ort entweder leergefischt oder derart unergiebig, dass sich die Arbeit für die Einheimischen finanziell nicht mehr lohnt. So oder so, mit dem Ausfall der Erwerbsarbeit breitet sich die Armut aus. Ein Ausweg für die lokalen Fischer besteht darin, dass sich die mit ihren Booten

als Schlepper verdingen und so ihr Geld für das tägliche Überleben verdienen. Oder aber sie veräußern ihre Schiffe um sich selber einen Schlepper leisten zu können, der sie nach Europa bringt. Über 30.000 Personen haben sich alleine im Jahre 2006 mit solchen Booten von Westafrika auf den Weg nach Europa (Kanarische Inseln) gemacht.

Einen ähnlichen Effekt haben die milliarden schweren Agrarsubventionen der Industrieländer auf die Produktion in den Entwicklungsländern. Während die reichsten Länder dieser Erde die Öffnung der Märkte propagieren, schützen sie ihre heimischen Agrarerzeugnisse mit Produktions- und Exportsubventionen. 349 Milliarden US-Dollar waren dies im Jahr 2005. Nicht genug also, dass es Produkte aus Entwicklungsländern aufgrund von Einfuhrzöllen sowieso schon schwer haben auf die Märkte in den Industriestaaten zu kommen. Die Subventionierung des Agrarbereiches in den Industriestaaten führt im Effekt noch dazu, dass europäisches Gemüse auf afrikanischen Märkten um ein Drittel

billiger als heimische Produkte angeboten wird. Heimische Produkte können somit nicht konkurrieren und die Bauern, Fischer und Tierzüchter müssen ihre Betriebe schließen und werden arbeitslos, eine Eskalationsspirale der Armut, die Menschen dazu drängt, auszuwandern.

Krieg

Nach Aussagen des Direktors des UN-Flüchtlingshilfswerkes (UNHCR), Antonio Guterres, spielt

sich im Irak „... die weltweit größte Flüchtlingskatastrophe seit dem Jahr 1948 ab“. In Europa und Nordamerika, wo die Länder der Koalition „Coalition of the willing“ sitzen, bekommt man davon relativ wenig mit, denn den Großteil des Flüchtlingsstroms bekommen die direkten Nachbarländer Jordanien und Syrien ab. Während im Jahr 2006 in Schweden etwa 9000 Iraker um Asyl nachgesucht haben, in den Niederlanden 2800 und in Deutschland 2100 Iraker, haben die Nachbarländer Jordanien und Syrien 750.000 bzw. 1,5 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben bis jetzt lediglich einige hundert irakische Flüchtlinge aufgenommen. Im Irak selber sind es noch einmal 2 Millionen Menschen, die auf der Flucht sind. Den Schätzungen zu Folge sind ein Achtel bis ein Sechstel aller Iraker auf der Flucht. „*Weitere 60.000 kommen nach aktuellen Schätzungen des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) jeden Monat hinzu.*“

Umfassende Privatisierungen, die der Invasion des Irak folgten, die Auflösung der Armee und damit anwachsende Arbeitslosigkeit haben, mit dem Verschwinden des politischen Systems, welches die Konflikte zwischen den einzelnen Gruppierungen zunächst forciert und dann mit Repressionen gedeckelt hat, zu einer Situation geführt, in der ethnische Säuberungen und interkonfessionelle Gewalt grassieren. Der Irak droht aufgrund seiner Geschichte auseinanderzufallen. Nachdem das Land zunächst vom Westen als Bollwerk gegen die Islamische Revolution im Iran aufgerüstet wurde, nachdem die Gräueltaten Saddam Husseins gegen Kurden im Norden und Schiiten im Süden von der sogenannten internationalen Gemeinschaft zu-

mindest toleriert wurden, steht das Land nach drei Kriegen und zwölf Jahren Embargo in mitten einer humanitären Katastrophe. Ein Drittel aller Iraker lebt mittlerweile in Armut, zwei Drittel haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Menschenhandel und Zwangsprostitution grassieren und Kinder, insbesondere Flüchtlingskinder, leiden unter schlechter medizinischer Versorgung, können keine Schule besuchen und müssen arbeiten um ihre Familie zu ernähren. Laut UNICEF leiden 4,5 Millionen Kinder im Irak unter Mangelerscheinungen, wobei jedes zehnte Kind akut unterernährt ist.

Der Krieg zwischen dem Libanon und Israel im Sommer 2006 führte auf libanesischer Seite zur Vertreibung von etwa 1 Million Menschen. 750.000 von ihnen flohen innerhalb der libanesischen Grenzen und 250.000 entkamen in das Ausland. Während es der Mehrheit möglich war, nach der Einstellung der Kampfhandlungen in ihre Wohngebiete zurückzukehren, blieben 200.000 Menschen vertrieben. Schuld daran war die massive Zerstörung der Infrastruktur durch Bombardements der israelischen Armee. Krankenhäuser, Schulen, Straßen, Brücken, Häfen und Benzinspeicher, und sogar ganze Ortschaften wurden zerstört und Strom und fließendes Wasser waren nicht vorhanden. Was aber noch schwerer wog, war die systematische Vernichtung der Lebensgrundlage vieler Südlibanesen auf lange Zeit. Dies geschah durch den Abwurf von Streumunition. Die Mehrheit der Südlibanesen ist auf Verdienste aus der Landwirtschaft angewiesen. Die Verminung der Agrarflächen mit geschätzten 170.000 bis 340.000 Streuprengsätzen raubt also ei-

ner ganzen Region die Lebensgrundlage.

Fazit

Es ist unser Lebensstil und Lebensstandard, mit dem wir bewusst oder/und unbewusst in Kauf nehmen, dass Menschen aufgrund einer ungleichen Verteilung des Wohlstands anderswo Not leiden müssen. Es sind überwiegend die industrialisierten Gesellschaften, die Luxusartikel wie Blutdiamanten konsumieren, die zur Aufrechterhaltung ihres Lebensstils Unmengen an Spirit und Wasser verbrauchen und dabei nicht bedenken, dass anderen weniger davon übrig bleibt. Zur Durchsetzung ihrer Interessen sind unsere Gesellschaften bereit, Kriege zu führen und zu unterstützen.

Sie bedenken dabei nicht, oder aber nehmen in Kauf, dass andere Menschen unter diesen Umständen zu leiden haben.

Konsequenzen sind Vertreibungen, Mangelernährung und Armut. Will sagen, der Exodus aus der Dritten Welt hinein in die Zentren ist von uns selbst geschaffen. Dies sollte uns stets bewusst sein. Und als sei das noch nicht genug, so sind es gerade die Wohlstandinseln, die sich vor Übernahme von Verantwortung für ihr Tun drücken. Während relativ arme Länder wie Pakistan, Syrien und Tansania jeweils Millionen von Flüchtlingen aufnehmen und unter den Belastungen zu kollabieren drohen, verzeichneten alle 27 Mitgliedstaaten der EU 2007 lediglich 223.000 Asylanträge.

Sie werden demnach ihrer Mitverantwortung an Zuständen, die Menschen zur Flucht treiben, nicht im Ansatz gerecht.

Mit der Reichsbahn kam der Tod

Der Zug der Erinnerung und was die Deutsche Bahn nach wie vor nicht zeigt!

von Antifa Prenzlauer Berg [APB]

Teil der Initiative „Zug der Erinnerung – Haltestelle Berlin“

Erst im Jahr 2000 hatte ein Thema Banken, Versicherungen und Konzerne wie die Deutsche Bahn, wieder eingeholt, das von ihnen über Jahrzehnte verdrängt und verleugnet worden war. Es geht um die Verstrickung der Firmen in die Kriegs- und Vernichtungspolitik der Nazis, den völkerrechtswidrigen Einsatz von mehr als acht Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus allen besetzten Ländern Europas. Während die Deutsche Bank am Bau von Auschwitz beteiligt war, deportierte die Deutsche Reichsbahn unter anderem über 12.000 namentlich bekannte Kinder und Jugendliche vor allem jüdischer Eltern dorthin, wo sie mit dem von einer Tochtergesellschaft der Degussa AG und der I.G. Farben, der Firma Degesch (Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung), hergestellten Zyklon B in den Gaskammern ermordet wurden. Die Verbrechen der Nazis hätten ohne die Reichsbahn und ihre Kapazitäten bei weitem

nicht in diesem Umfang stattfinden können. Die Reichsbahn war es, von der Speers Rüstungsministerium beim Transport seiner Rüstungsgüter, die Wehrmacht beim Transport ihrer Truppen und das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) bei der Deportation insbesondere von Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma sowie politischen Gegnerinnen und Gegnern abhängig waren.

Auch gelang es der Bahn AG nicht, den Zug auf technokratische Weise zu stoppen. Im Gegenteil!

Der Zug der Erinnerung in der Hauptstadt und die Angst der Bahn vor einem schlechten Image

Die Bahn möchte eigentlich unheilvolle Erinnerungen in ihrem Zusammenhang ungern wachrufen. Denn das könnte bei der internationalen Expansion ins europäische Ausland unangenehme Assoziationen wecken. Also wurde nach der Initiative

„11.000 Kinder“ deren Fortführung im Rahmen des „Zuges der Erinnerung“ behindert und sabotiert, wo es ging. Während es anfangs noch der Bahn angeblich an finanziellen und personellen Mitteln zur Durchführung eines solchen Projekts fehlte, waren es nun Sicherheitsbedenken und die unzulässige Beeinträchtigung des Schienenverkehrs. War ersteres schon ungläubwürdig,

spätestens nachdem sie aufwendig die Fußballweltmeisterschaft 2006 sponsorte, erwiesen sich auch die Sicherheitsbedenken mehr als fadenscheinig. Letztlich war es Mehdorn selbst, der klarmachte, worum es ging: *„Die Deutsche Bahn behält sich das Recht vor, selbst zu entscheiden, wie wir mit der Vergangenheit verantwortlich umgehen.“* Doch diese Rechnung ging so nicht auf. Denn

dank der Berliner Initiative „*Zug der Erinnerung – Haltestelle Berlin*“, der es gelang ein breites Bündnis verschiedener Organisationen, Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen zusammenzubringen und die für den Stopp des Zuges in Berlin benötigten finanziellen Forderungen der Deutsche Bahn zu erfüllen, machte der Zug der Erinnerung vom 13. bis 22. April in Berlin Station. Auch gelang es der Bahn AG nicht, den Zug auf technokratische Weise zu stoppen. Im Gegenteil! Das Verhalten des Bahnvorstandes führte eher zu einem weiteren Imageverlust. Denn die öffentlich ausgetragenen Differenzen zwischen der Berliner Initiative und der Bahn AG führten nicht nur zu Sympathiebekundungen für die Initiative, sondern bescherten dem Zug über 50.000 Besucherinnen und Besucher.

Bereits am Vorabend der Ankunft des Zuges in Berlin gab es eine Gedenkveranstaltung vor dem Brandenburger Tor. Vor ca. 600 Menschen sprachen unter anderem Esther Bejarano, Überlebende von Auschwitz und Ravensbrück, Romani Rose (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma), Michael Joachim (Jüdische Gemeinde zu Berlin) und Hans Coppi (VVN-BdA). Ein Schweigemarsch führte anschließend von dort zum Potsdamer Platz zur Bahnzentrale. Während der Veranstaltung wurden 4.646 Kerzen mit Na-

mensschildern bekannter deportierter, ermordeter und verschollener Kinder im Alter von einem bis zwanzig Jahren gegen kleine Spenden verteilt, auf den Potsdamer Platz gestellt und angezündet. Eine größere Kerze brannte symbolisch für alle unbekanntes Opfer der Deportationen. Auch hier wurde in Reden, unter anderem durch Petra Rosenberg (Vorsitzende des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma von Berlin-Brandenburg), gegen die Haltung der Deutschen Bahn AG protestiert.

Der Zug, der aus mehreren Ausstellungswagen besteht und der die Städte der über 12.000 Kinder und Jugendlichen ansteuerte, die zwischen 1940 und 1944 in die Vernichtungslager deportiert wurden, hielt auf fünf Berliner Bahnhöfen. Der erste Stopp war am Ostbahnhof, sowie dann zur

Unterstützung antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Engagements an den Bahnhöfen Lichtenberg und Schöneweide. Abschließend hielt der Zug in Westhafen und Grunewald als ehemalige Deportationsbahnhöfe.

Wir möchten uns ganz herzlich bei den jeweiligen Mitwirkenden in der Berliner Initiative sowie der Berliner Antifa, der Berliner FDJ, der VVN/BdA-Berlin und zahlreichen Helferinnen und Helfern bedanken. Am meisten Dank aussprechen, möchten wir allerdings unserem Freund und Genossen Dirk Stegemann, der sich über Monate diesem Projekt hingab.

Der Text wurde für die „*Rosen auf den Weg gestreut*“ gekürzt. Die vollständige Auswertung kann als PDF auf unserer Internetseite (www.antifa-pberg.de.vu) heruntergeladen werden.



„Unsere Opfer zählen nicht“

„Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“ Herausgegeben von
„Rheinisches JournalistInnenbüro - Recherche International
e.V.“ April 2005 (Baumann/Heyl/Melzer 2000)

von Emanzipative & Antifaschistische Gruppe [EAG]

Wer sich mal durch die Vorlesungsverzeichnisse der Neueren und Neuesten Geschichte deutscher Unis gelesen hat, dem wird auffallen, dass sich der absolut überwiegende Teil mit deutscher und kerneuropäischer Geschichte beschäftigt.

Europäische Geschichte wird so automatisch zur „Geschichte an sich“, andere Blickwinkel werden kaum eingenommen oder einfach nur in den jeweiligen Fächern wie etwa Afrikanistik oder Sinologie behandelt. Dieser Eurozentrismus ist nicht nur bedauerlich, sondern hat auch eine lange Tradition, welche einen Strang in den sog. Kolonialwissenschaften hat.

Europäische Kolonisation ging einher mit dem Verständnis eines Triumphes der Wissenschaft gegenüber dem „Primitiven“. Dabei war z. B. der Vorgang der „Entdeckungen“ oftmals geschlechtlich analogisiert: Das zu entdeckende Land wurde zum „jungfräulichen Land“, also zu einem aus dem Blickwinkel der Kolonialmächte

leeren Land, welches zu zivilisieren sei. Auch heute noch ist die Analogie eines Landes mit Weiblichkeit weit verbreitet: Bildlich gesehen stellt diese Weiblichkeit das zu beschützende oder auch zu formende Gut dar.

Der „koloniale Blick“ setzt sich somit auf die Spitze des Eisberges einer selbst geschaffenen Hierarchie. Damit geht einher, dass dieser Blick als selbstver-

„Wir wollten die Geschichte der dritten Welt im Zweiten Weltkrieg soweit wie möglich aus der Perspektive der Kolonialiserten beschreiben.“

ständig angenommen und nicht mehr thematisiert wird, dass er einerseits historisch und damit wandelbar ist, sowie andererseits eben nur eine spezifische Perspektive wiedergibt.

Diesem Umstand versucht die „Postkoloniale Theorie“ Rechnung zu tragen, indem sie davon ausgeht, dass auch nach der Phase

der Dekolonialisierung im 20. Jahrhundert auf mehreren Ebenen, etwa der wissenschaftlichen und sprachlichen, die vormals offensichtlichen Abhängigkeiten bestehen bleiben.

Ein sehr wichtiges Feld ist dabei die Wissensproduktion, womit wir wieder bei den Vorlesungsverzeichnissen der Geschichte wären: Das repräsentierte Wissen ist spezifisch, nämlich lokal so-

wie hegemonial, d. h. herrschaftlich.

Umso erfreulicher ist es, wenn mensch dann auch mal einen Blick auf andere Perspektiven bekommt, wie sie im Buch „Unsere Opfer zählen nicht“ repräsentiert werden.

Die Intention wird im Vorwort des Historikers Kum'a Ndumbe III. deutlich:

„Die Geschichte des Zweiten Weltkrieges erweist sich, wie jede Geschichte, als die der Sieger, aber auch als die der Besitzenden und Wohlhabenden. Deutschland und Japan gehören trotz ihrer militärischen Niederlage in der Geschichtsschreibung zu den Siegern, denn auch wenn die Historiographie in den beiden Ländern eine kritische Befragung und Korrekturen binnnehmen musste, werden sie doch als Menschen gleichen Ranges wahrgenommen. Diejenigen aber, die nach dem Krieg vergessen wurden, als ob sie während des Krieges gar nicht existiert hätten, die mit ihren eigenen Kindern die Geschichte neu erlernen müssen, ohne eigene Taten in dieser Geschichtsschreibung wieder zu finden, gehören zu den eigentlichen Verlierern.“

Diesem Verschweigen anderer Perspektiven versucht das Redaktionskollektiv entgegenzuwirken: *„Wir wollten die Geschichte der dritten Welt im Zweiten Weltkrieg soweit wie möglich aus der Perspektive der Kolonialiserten beschreiben. Ihre Stimmen zu sammeln und zu Gehör zu bringen, die Geschichte des Zweiten Weltkrieges »von unten« zu beleuchten ist eines der Hauptanliegen dieses Buches.“*

Eine dieser Perspektiven ist die der Kolonialsoldaten, welche während des Ersten und Zweiten Weltkrieges von den sogenannten Mutterländern teilweise „freiwillig“, teilweise unter Zwang in die eigenen Armeen als eigenständige Einheiten eingegliedert wurden. Dabei unterschied sich die Ernährung als auch die Kleidung deutlich von der der einheimischen Einheiten: *„Wie die Briten ließen sich auch die Franzosen die Verpflegung ihrer Kolonial-*

soldaten halb soviel kosten wie die Söhne der Grande Nation.“

Beim Marsch auf Paris wurde durch General de Gaulle der Befehl zum Blanchissement erteilt, schwarze Streitkräfte wurden durch weiße ersetzt. Viele der Tirailleurs (frz. Bezeichnung für Kolonialsoldaten) warteten jahrelang in Lagern auf die Rückkehr in die Heimat, wo sie eine systematische Benachteiligung im Gegensatz zu französischen Soldaten erwartete, und gemachte Versprechen seitens der Regierung nicht eingehalten wurden: *„Hatte die französische Bevölkerung während des Krieges die Tirailleurs noch freudig begrüßt und gefeiert, warfen sie den Afrikanern jetzt vor, sich auf Kosten der Franzosen ein schönes Leben machen zu wollen.“*

Eine andere Geschichte betrifft die Zwangsprostitution während des Krieges, etwa in der *„kaiserlich-japanischen Armee“*. Asiatische NGOs (Nichtregierungsorganisationen) schätzen die Zahl der in japanische Militärbordelle verschleppten Mädchen und Frauen auf 200.000.

So erzählt die Koreanerin Hwang KumJu, welche als Betroffene seit den 1990er Jahren in Seoul Protestveranstaltungen organisiert:

„Meine verlorene Jugend lässt sich nicht wieder gut machen. Aber ich werde hier bei Wind und Wetter so lange demonstrieren, bis sich die Japaner bei mir entschuldigt haben. Als Nordkoreaner vor einigen Jahren einige Japaner entführten und fünf von ihnen umkamen, machten die japanischen Behörden ein Mordgeschrei und verlangten Entschädigungen von Nordkorea für die Opfer. Dieselben japanischen Regierungsstellen wollen von den Zehntausenden jungen

und unverheirateten Mädchen, die ihre Soldaten im Krieg missbraucht haben, nichts wissen und nichts hören. Sie warten einfach darauf, dass Frauen wie ich sterben.“

Diese zwei Beispiele stehen dafür, dass heutige Geschichte eine sehr einseitige und herrschaftliche Betrachtung der Weltgeschichte ist, wobei subalterne (subalterne ist ein Begriff aus der postkolonialen Theorie und meint die Perspektive derjenigen, welche bei der Thematisierung eines Themas, hier z.B. des Zweiten Weltkrieges, auf Grund von Herrschaftsmechanismen nicht gehört werden, deren Perspektive sozusagen keinen Widerhall im Mainstream findet) Perspektiven, wie etwa hier die Verquickung von Kolonialismus und Geschlecht keine Beachtung finden.

„Unsere Opfer zählen nicht“ gibt also verschwiegene Perspektiven wieder und weist darauf hin, wie notwendig es ist, sich der dominanten Sichtweise europäischer Geschichtsschreibung bewusst zu werden und diese zu thematisieren. Nicht zuletzt wird aufgezeigt, inwiefern Geschichte als Bedingung für den Zustand der aktuellen Gesellschaft eine zentrale Rolle einnimmt.



Keine Stimme den Nazis

Streetparade in Bernau

von Antifaschistischen Aktion Bernau [AAB]

Wie viele sicherlich schon erfahren haben, finden am 28. September 2008 die Kommunalwahlen im Land Brandenburg statt. Dass bei den Wahlen auch die rechts-extreme NPD flächendeckend antreten wird, ist wahrscheinlich auch nichts Neues mehr.

Wir wollen den Nazis entschlossen entgegentreten - sowohl bei den Wahlen, als auch im Alltag, auf der Straße, im Jugendclub oder im Verein. Alleine schon aus dem Grund dass wir nicht einsehen, dass nach über 63 Jahren der Kapitulation Nazi-Deutschlands eine Partei antreten wird, deren Programm des „nationalen Sozialismus“, der rassistisch konstruierten Volksgemeinschaft und noch vieles mehr aufleben lässt.

Zwar ist es unser Ziel, während der Kommunalwahlen, gemeinsam mit der Brandenburger Kampagne „Keine Stimme den Nazis“, der NPD die Suppe zu versalzen,

gleichzeitig geht es uns um mehr. Es reicht uns nicht aus, einfach nur „Gegen Rechts“ zu sein.

Wir wollen klarstellen, dass Nazis nicht vom Himmel fallen und nur zutiefst bösartige Menschen sind, sondern es gesellschaftliche Ursachen gibt, die Menschen Ideologien wie Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus annehmen lassen. Es ist wichtig, die antifaschistische

Gegen eine Welt, in der rassistische und antisemitische Denkweisen, sowie Homophobie und Sexismus zum Alltag gehören

(Jugend)Kultur zu vergrößern und sich inhaltlich mit den Problemen, innerhalb der bestehenden Gesellschaft, auseinanderzusetzen und die Ursachen der jetzigen Verhältnisse zu verstehen.

Erst dann ist es möglich, sinn-

volle und produktive Lösungen entstehen zu lassen. Auch wenn durch eine Straßenparade Inhalte auf der Strecke bleiben, ist es wichtig zu wissen, worum es eigentlich geht.

Gegen eine Welt, in der rassistische und antisemitische Denkweisen, sowie Homophobie und Sexismus zum Alltag gehören, fordern wir eine Gesellschaft, in der wir solidarisch zusammen le-

ben können. In der Staaten und Nationen als überflüssig gelten und es scheißegal ist, wo ein Mensch geboren wurde oder lebt. Es ist uns besonders wichtig, dass Menschen nicht nach einer kapitalistischen Verwertungslogik sortiert werden und menschlich

von morgens bis abends den Buckel krumm schuften muss.

Um unser Leben wenigstens mal an einem Tag selbst nach unseren Bedürfnissen auszurichten und einen Freiraum zu schaffen, der den Namen auch verdient, veranstalten u.a. die Antifaschistische Aktion Bernau in Zusammenarbeit mit dem Jugendtreff Dosto (Bernau) und dem Subtival 1260 e.V. (Festival Crew, Strausberg) eine Straßenparade unter dem Motto „Keine Stimme den Nazis - Für eine befreite Gesellschaft.

Am 12. Juli, ab 14 Uhr, geht es vom Bahnhof Bernau (bei Berlin) los, mit fetten Trucks, extrem viel guter Laune, Seifenblasen, Wasserspritzpistolen, super Musik und netten Leuten, die sich gegen diesen grauen Alltag richten.

www.antifa-bernau.tk

www.keinestimmmedennazis.de



Termine

02.07. - 15.07. - Dosto (Mo - Fr 14 bis 20 Uhr)

(Breitscheidstr. 43c, S-Bhf Bernau)

02.08. - 15.08. Jugendzentr. JUP

(Florastraße 84, S-Bhf Pankow)

AUSSTELLUNG

„PLAKATIVE ANSCHLÄGE“

Die besten politischen Plakate der letzten 15 Jahre. Eine Ausstellung der Initiative „Politisches Plakat“
mehr Infos unter
www.politisches-plakat.tk

01.07. - 18:00 - Lichtburg-Forum

(Belleermannstraße 22 - S-Bhf Gesundbrunnen)

Podiumsdiskussion „KEIN PLATZ FÜR NAZIS“

u.a. mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus organisiert von den Jusos Mitte
mehr Infos unter
www.jusos-berlin.de

02.07. - 18:30 - Dosto

(Breitscheidstr. 43c, S-Bhf Bernau)

INFOBEND „GRUNDLAGEN DER PLAKATGESTALTUNG“

Ein Vortrag der Initiative „Politisches Plakat“

03.07. - 21:00 - Bandito Rosso

(Lottumstraße 10a, U-Bhf R. Luxemburg Platz)

ANTIFA-SOLITRESEN

zur Unterstützung linker Projekte im Bezirk
www.antifa-pberg.tk

05.07. - 14:00 Schlossplatz

(S/U-Bahnhof Alexanderplatz)

ANTIRA-DEMO - DE*FENCE

Zum 15. Jahrestag der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Die ChipkartenIni ruft alle auf, sich im Laufe des nächsten Jahres an Widerstandsaktionen zu beteiligen und/oder diese selbst zu initiieren.

05.07. - 17:00 Oranienplatz

(U-Kottbuser Tor / Moritzplatz)

De*fence-Abschlusskonzert mit Anarchist Academy, Koljah, Tai Phun, NMZS & Ciaoceskos
mehr Infos unter
www.chipkartenini.squat.net

07.07. - 18:30 - Dosto

(Breitscheidstr. 43c, S-Bhf Bernau)

INFOBEND „PLAKATGESTALTUNG UND ANTISEXISMUS“

Ein Vortrag der Initiative „Politisches Plakat“

07.07. - 19:00 -Jugendzentr. JUP

(Florastraße 84, S-Bhf Pankow)

ANTIFA-CAFÉ

Das Thema wird noch bekanntgegeben. Eine Veranstaltung der emanzipativen & antifaschistischen Gruppe
www.pankow.antifa.net

12.07. - 14.00 - Bahnhof Bernau

STREETPARADE „KEINE STIMME DEN NAZIS“

Mobiles Straßenfest in Bernau
mehr Infos unter
www.antifa-bernaul.tk

16.07. - 19:00 - Wahlkreisbüro

Dr. Gregor Gysi

(Brückenstraße 28 - Treptow-Köpenick)

INFO-VERANSTALTUNG: „NAZIS IN DEN PARLAMENTEN“

In fünf Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) haben Nazis Mandate errungen. Mit dem Referat sollen Strategien der neonazistischen Verordneten aufgezeigt werden.
Mehr Infos unter
www.abso-berlin.tk

18.07. - 17:00 - & 19.07. - 14:00

Kulturpark Strausberg

(Peter-Görling-Str. 25, Strausberg)

SUBTIVAL FESTIVAL III: POLITICS MEET MUSIC

Selbstorganisiertes Festival in Strausberg bei Berlin.
Mehr Infos unter
www.subtival.de

07.08. - 21:00 - Bandito Rosso

(Lottumstraße 10a, U-Bhf R. Luxemburg Platz)

ANTIFA-SOLITRESEN

zur Unterstützung linker Projekte im Bezirk
www.antifa-pberg.tk

11.08. - 19:00 Jugendzentr. JUP

(Florastraße 84, S-Bhf Pankow)

ANTIFA-CAFÉ „PLAKATGESTALTUNG UND ANTISEXISMUS“

Ein Vortrag der Initiative „Politisches Plakat“
mehr Infos unter
www.pankow.antifa.net

01.09. - 19:00 Jugendzentr. JUP

(Florastraße 84, S-Bhf Pankow)

ANTIFA-CAFÉ „DROGENPOLITIK & RASSISMUS“

Ein Vortrag der Initiative „Paeris“ organisiert von Antifaschistischen Jugendlichen aus Pankow [AJAP]

06.10. - 19:00 Jugendzentr. JUP

(Florastraße 84, S-Bhf Pankow)

ANTIFA-CAFÉ „LIEBE & ROMANTISCHE ZWEIERBEZIEHUNGEN“

Diskussionsabend mit Texten und Referent_innen zu Thema organisiert von Antifaschistischen Jugendlichen aus Pankow [AJAP]

Links & Locations

Die aktuelle Zeitung wurde maßgeblich von folgenden Gruppen erarbeitet. Bei Anregungen, Kritik oder Lob wendet euch bitte an die entsprechende Gruppe.

Antifaschistische Aktion Bernau

www.antifa-bernaeu.tk
kontakt@antifa-bernaeu.tk

Antifaschistische SchülerInnen Vernetzung Pankow

asvberlin@yahoo.de

Antifa Prenzlauer Berg

www.antifaprenzlauerberg.de.vu
apb@riseup.net

Bildungsinitiative engagierter Schüler_innen

www.jup-ev.org/bes
engagierteschueler_innen@gmx.net

Emanzipative & Antifaschistische Gruppe

www.pankow.antifa.net
eag-berlin@riseup.net

Grüne Jugend Pankow

www.gruene-jugend-pankow.de
gj-pankow@web.de

Jusos Nordost

www.jusos-nordost.de
antifa@jusos-nordost.de

VVN-BdA Pankow e.V.

www.pankow.vvn-bda.de
bda-pankow@gmx.de

WEITERE GRUPPEN AUS DEM BEZIRK:

Antifa Kleinpankow

www.antifakp.de.vu
antifa.kp@web.de

Initiative Offener Kiez

www.iok.blogspot.de
buergernetzwerk@gmx.de

North-East Antifascists

www.nea.antifa.de
nordost.antifa@web.de

[Solid] Pankow

www.solid-berlin.org
pankow@solid-berlin.org

JUGENDKLUBS/LOCATIONS:

Baiz (Prenzlauer Berg)

Christinenstr. 1
www.baiz.info
mts@baiz.info

Bandito Rosso (Prenzlauer Berg)

Lottumstr. 10a
www.banditorosso.net
info@banditorosso.net

Bunte Kuh (Weissensee)

Bernkasteler Strasse 78
www.buntekuhverein.de
buntekuh@t-online.de

Café Morgenrot (Prenzlauer Berg)

Kastanienallee 85
www.cafe-morgenrot.de
cafe-kollektiv@web.de

Dosto (Bernau)

Breitscheidstr. 43
www.dosto.de
dosto@dosto.de

JUP (Pankow)

Florastraße 84
www.jup-ev.org
info@jup-ev.org

Garage (Pankow)

Hadlichstraße 3
www.garagepankow.de
info@garagepankow.de

Kurt Lade Klub (Pankow)

Grabbeallee 33
www.kurtladeklub.de
info@kurtladeklub.de

Maxim (Weissensee)

Charlottenburgerstraße 117
www.im-maxim.de
info@im-maxim.de

EMPFEHLENSWERTE INITIATIVEN

Antifaschistisches Infoblatt

www.antifainfoblatt.de

Antisexismusbündnis Berlin

www.asbb.blogspot.de

Hagalil - Webprojekt zu Antisemitismus und Rechtsextremismus

www.hagalil.org

Heinersdorf-Bündnis

www.heinersdorf.tk

Inforiot - Nachrichten und Termine für Brandenburg

www.inforiot.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

www.mbr-berlin.de

Reach Out - Opferberatung

www.reachoutberlin.de

**Eine Ausgabe nicht bekommen?
Die alten Texte nochmal nachlesen?**

CLICK 

WWW.ROSEN-WEB.DE.VU

RESOLUTION DER KOMMUNARDEN

BERTOLT BRECHT

IN ERWÄGUNG UNSERER SCHWÄCHE MACHTET
IHR GESETZE, DIE UNS KNECHTEN SOLL'N
DIE GESETZE SEIEN KÜNFTIG NICHT BEACHTET
IN ERWÄGUNG,

DASS WIR NICHT MEHR KNECHT SEIN WOLL'N.

REFRAIN: IN ERWÄGUNG, DASS IHR UNS DANN EBEN
MIT GEWEHREN UND KANONEN DROHT
HABEN WIR BESCHLOSSEN,
NUNMEHR SCHLECHTES LEBEN
MEHR ZU FÜRCHTEN ALS DEN TOD.

IN ERWÄGUNG, DASS WIR HUNGRIG BLEIBEN
WENN WIR DULDEN, DASS IHR UNS BESTEHLT
WOLLEN WIR MAL FESTSTELL'N,
DASS NUR FENSTERSCHEIBEN
UNS VOM BROTE TRENNEN, DAS UNS FEHLT.

REFRAIN

IN ERWÄGUNG, DASS DA HÄUSER STEHEN
WÄHREND IHR UNS OHNE BLEIBE LASST
HABEN WIR BESCHLOSSEN, JETZT DORT EINZUZIEHEN
WEIL ES UNS IN UNS'REN LÖCHERN NICHT MEHR PASST.

REFRAIN

IN ERWÄGUNG, ES GIBT ZUVIEL KOHLEN
WÄHREND ES UNS OHNE KOHLEN FRIERT
HABEN WIR BESCHLOSSEN, SIE UNS JETZT ZU HOLEN
IN ERWÄGUNG, DASS ES UNS DANN WARM SEIN WIRD.

REFRAIN

IN ERWÄGUNG, ES WILL EUCH NICHT GLÜCKEN
UNS ZU SCHAFFEN EINEN GUTEN LOHN
ÜBERNEHMEN WIR JETZT SELBER DIE FABRIKEN
IN ERWÄGUNG, OHNE EUCH REICHT'S FÜR UNS SCHON.

REFRAIN

IN ERWÄGUNG, DASS WIR DER REGIERUNG
WAS SIE IMMER AUCH VERSPRICHT,
NICHT TRAU'N
HABEN WIR BESCHLOSSEN, UNTER EIG'NER FÜHRUNG
UNS EIN GUTES LEBEN AUFZUBAU'N .
IN ERWÄGUNG, IHR HÖRT AUF KANONEN
AND'RE SPRACHEN KÖNNT IHR NICHT VERSTEH'N
MÜSSEN WIR DANN EBEN, JA DAS WIRD SICH LOHNEN
DIE KANONEN AUF EUCH DREH'N.